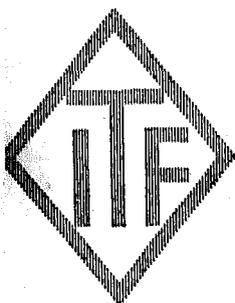


FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



No. 2
5. Jahrgang

Amsterdam, den 23. Januar 1937

NACH VIER JAHREN

NAZI-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND

Urteilt und richtet.....	Seite 10
Ständige Kriegsgefahr.....	Seite 11
Erhungerte Kanonen.....	Seite 11
"Wirtschaftssoldaten".....	Seite 12
Der Unternehmer diktiert.....	Seite 12
Machtlose Treuhänder.....	Seite 12
"Soziales Dynamit".....	Seite 13
Die Löhne sinken - der Profit steigt.....	Seite 14
Löhne-Arbeitszeit-Massenerkrankungen- Dividenden-Spitzengehälter Fettkarten, Fleischmangel, Getreideknappheit..	Seite 17
Unterernährtes Volk.....	Seite 19
Die Lohnbewegung der Facharbeiter.....	Seite 19
Wachsender Widerstand.....	Seite 21
Vor einer Explosion?.....	Seite 22

Die deutsche Erwerbslosenstatistik: 5,4 Millionen Erwerbslose.....	Seite 26
Die deutsche Verbrauchsstatistik.....	Seite 27
Die amtlichen deutschen Lohnerhebungen.....	Seite 27

"Urteilt und richtet"

(ITF) Am Beginn der nationalsozialistischen Diktatur standen Versprechungen und Eide. Die Versprechungen wurden nicht gehalten und die Eide gebrochen.

Der tönende "Aufruf an das deutsche Volk", mit dem die Hitler-Regierung (am 30. Januar 1933) ihre Tätigkeit begann, versprach: "Binnen 4 Jahren muss der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrissen sein. Binnen 4 Jahren muss die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein". Er versprach für "Sparsamkeit der Verwaltung" zu sorgen.

Die nationalsozialistischen Agitatoren versprachen Durchführung des Parteiprogramms: "Verstaatlichung aller Trusts" (Punkt 13), "Verstaatlichung aller Banken" (Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP, Seite 22); "Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung" (Punkt 16); "Kommunalisierung der Warenhäuser" (Punkt 16); "Aufsichtsratsstantiemen werden überhaupt nicht mehr gezahlt" (Sofortprogramm Seite 25); "Begrenzung der Höchstgehälter auf 12.000 RM jährlich" (Sofortprogramm Seite 26); der Staat ist "verpflichtet", "für die Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen" (Punkt 7). - Die Agitatoren erinnerten daran, dass Hitler und die andern Führer der NSDAP versprochen hatten, "unter Einsatz des eigenen Lebens" für die Durchsetzung des Parteiprogramms "rücksichtslos einzutreten.."

Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Ley, versicherte (in seinem Aufruf vom 2. Mai 1933): "Arbeiter, deine Institutionen sind uns Nationalsozialisten heilig und unantastbar". Er wehrte sich gegen den Verdacht, "als ob wir (Nazis) die Gewerkschaften an sich zerschlagen und zerstören wollten... Arbeiter, ich schwöre dir, wir werden nicht nur alles erhalten, was sich vorfindet, wir werden Schutz und die Rechte des Arbeiters weiter ausbauen".

Der stellvertretende Leiter der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation bekräftigte: "Deutscher Gewerkschafter! am heutigen Tage geloben wir dir, dass wir alle deine Rechte, die du dir sauer verdient und in vielen harten Kämpfen erworben hast, schützen werden.., dass wir die grossen Lasten, die auf dir ruhen, auf ein erträgliches Mass herabmindern werden, dass wir dir menschenwürdige Tarife verschaffen werden.., dass wir baldigst daran gehen werden, deine enorm hohen Beiträge zu senken, ohne die Unterstützungen usw. zu kürzen". (Arbeitertum, 15.V.1933)

Nichts ist von diesen Versprechungen gehalten worden.

Vier Jahre später durchschnüffeln Kommissionen der Geheimen Staatspolizei jeden Bauernhof, beschlagnahmen Getreide, nehmen den Bauern das Futter für das mühsam aufgezogene Vieh, beschlagnahmen den Landarbeitern das Futtergetreide fort; die Zweitsöhne, die Töchter der Erbhofbauern müssen mit dem Bettelstab in der Hand den väterlichen Hof verlassen.

Vier Jahre später stehen "3 Vierteln" der Kleinhändler "nur monatlich etwa 80 RM für den Lebensunterhalt" zur Verfügung (Braune Wirtschaftspost, nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst, drittes Oktoberheft 1936), muss den Klein-Handwerkern geraten werden, ihre Werkstatt zu schliessen und in der Fabrik Arbeit zu suchen (Frankfurter Zeitung, Nr. 20/1 vom 12. Januar 1937).

Vier Jahre später fehlt es an Lebensmitteln. Butter und Fett sind rationiert, Margarine ist knapp, die Brotversorgung ist gefährdet.

Vier Jahre später sind zahlreiche Unternehmen, die der Staat in der Wirtschaftskrise mit Millionen aus Steuermitteln vor dem Zusammenbruch rettete in die Hände Privater übergegangen. Nur ein Teil dieser "nationalsozialistischen" Geschäfte wurden bekannt; der Stahltrust wurde dem Nazi-Geldgeber Thyssen zugeschoben, die Argo-Reederei, die Werften Deschimag und Atlaswerke wurden "reprivatisiert". Die Commerz- und Privatbank wurde reprivatisiert und damit auch der Warenhauskonzern Karstadt wieder Privatbesitz. Weitere Reprivatisierungen stehen bevor.

Vier Jahre später ist die Erwerbslosigkeit nicht "endgültig überwunden" - sehen 4 bis 5 1/2 Millionen Erwerbslose vergeblich einen Arbeitsplatz.

Vier Jahre später ist die Nazi-Bürokratie zu einem Apparat aufgebläht, der in der ganzen Welt nicht seinesgleichen hat, beziehen die Nazibonzen Riesengehälter, bauen sie sich Paläste und Landhäuser, kaufen sie Rittergüter.

Vier Jahre später sind die Aufsichtsratsstantiemen - wie das Aufkommen der Aufsichtsratssteuer ausweist - fast verdoppelt.

Vier Jahre später existieren wohl festgefügte Unternehmerverbände, aber keine einzige Gewerkschaft mehr, sind die Betriebsvertretungen beseitigt, ist das schwer erkämpfte Arbeitsrecht zerschlagen, die Sozialver-

sicherung verschlechtert, die Arbeitslosenversicherung auf ein Minimum reduziert.

Vier Jahre später sind die Abzüge vom Lohn verdoppelt, sind die Unterstützungen ausserordentlich verschlechtert worden, sind die Arbeitsschutzgesetze weitgehend beseitigt, stehen die Tarife praktisch nur noch auf dem Papier, ist das Arbeitseinkommen um 20-25% gesunken.

Der Höhepunkt der grossen Welle der Versprechungen, die in den ersten Monaten des Jahres 1933 über Deutschland ging, war die feierliche Erklärung, die Hitler am 17. Mai 1933 abgab: das Dritte Reich wolle nichts als den Frieden. Diese Rede Hitlers wurde von den Nazis in fast alle Sprachen übersetzt und in Millionenaufgabe als Broschüre versandt. Vier Jahre später gibt es keinen mehr, der nicht wüsste: das einzige Ziel, das die Herren des Dritten Reiches nie aus dem Auge verlieren, ist: KRIEG!

Der Aufruf, mit dem die Hitler-Diktatur am 30. Januar 1933 vor das Volk trat, schloss mit der Aufforderung: "Deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren und dann urteile und richte uns!" Doch der Angeklagte fürchtet das Urteil. Seit vier Jahren schleichen Spitzel durch die Strassen der Städte, überwachen Geheimagenten die Betriebe, jagen Polizisten über die Landstrassen. Seit vier Jahren werden in den Konzentrationslagern Gewerkschafter gequält, Sozialisten und Kämpfer für den Frieden. Seit vier Jahren werden in Deutschland Arbeiter, Bauern und Bürger gepeinigt, gefoltert, ermordet. Seit vier Jahren wird in Deutschland das freie Wort verfolgt - der Angeklagte hat seinen Richter ins Gefängnis gesperrt!

Ueber den Jubiläumsfeiern der Nazi-Diktatur liegen die Schatten der Ermordeten.

Urteilt und... richtet!

Ständige Kriegsgefahr.

Nach vier Jahren Nazidiktatur steht Europa am Vorabend eines Krieges. Das Dritte Reich hat in überhastetem Tempo aufgerüstet, es brüstet sich damit, die stärkste Militärmacht des europäischen Kontinents geworden zu sein. Säbelrasselnd bedroht es Europa. Kein Volk hat daran gedacht, Deutschland anzugreifen. Wenn die Mächte gewollt hätten - noch 1933 wäre es den verbündeten ~~Hoo-~~ ~~rön~~ Westeuropas und der Sowjetunion ein Leichtes gewesen, die Kriegsvorbereitungen Hitlers im Keime zu ersticken. Die europäischen Staaten wollten den Frieden. Das Dritte Reich braucht seinen gigantischen Kriegesapparat nicht zur Verteidigung, es baute ihn für einen Angriff auf und zum Vorstoss über die Grenzen. Nur die Furcht der Nazidiktatur, dass sich Frankreich, England und die Sowjetunion jedem ernsthaften Handstreich widersetzen würden, liess Berlin bisher von einem Abenteuer zurückschrecken.

Erhungerte Kanonen.

Die Kriegsvorbereitungen der Nazidiktatur lasten schwer auf dem deutschen Volk. Sie belasten den Arbeiter wie den Bauer, den Handwerker wie den Industriellen, den Angestellten wie den Intellektuellen. Dreiviertel des Mittelstandes darben, die Bauern verarmen, den Industriellen beschränkt die Nazi-Wehrwirtschaft in den kriegswichtigen Betrieben das Verfügungsrecht. In der Metallindustrie ist den kriegswirtschaftlichen Instanzen jetzt nicht nur das Recht erteilt worden, in jedem Einzelfall zu bestimmen, "ob, in welchem Umfang und für welche Zwecke unedle Metalle usw. an einzelne Abnehmer geliefert werden müssen oder nicht geliefert werden dürfen". Sie haben sogar das Recht erhalten, die Reihenfolge des Produktionsprogramms zu ändern und zu bestimmen, was und in welchem Umfang produziert werden muss (Anordnung 41 der Ueberwachungsstelle für die Nicht-Edelmetallwirtschaft, Der Deutsche Volkswirt Nr. 15 vom 8. Januar 1937). Doch die Industriellen werden für diese kriegswirtschaftlichen Eingriffe durch Ueberbezahlung der staatlichen Rüstungsaufträge, durch die Ermächtigung zum Lohndruck und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen schadlos gehalten. Die Massen der Arbeiter und Angestellten haben dagegen die Hauptlast der deutschen Aufrüstung zu tragen. Die Löhne und Gehälter werden auf dem tiefsten Krisenstande gehalten, ja selbst unter ihn herabgedrückt, die Preise sind empfindlich in die Höhe gegangen, die Steuern sind stark gestiegen, erhebliche Abgaben für die braune Bonzokratie verringern den Lohn. Für diesen geringeren Lohn muss dennoch mehr gearbeitet werden und wieder unter Bedingungen, die durch den Kampf der freien Gewerkschaften in Deutschland unmöglich geworden waren. Das ganze Volk

wurde militarisiert, in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt. Es gibt in Deutschland keine freien Arbeiter mehr, sondern (wie auf der Arbeitstagung der Gau-Arbeitskammer Westmark nach dem Bericht des "Angriff" Nr. 301 vom 23. Dezember treffend formuliert wurde) nur noch

"Wirtschaftssoldaten".

Die Arbeiter gelten als Rekruten, die Betriebsleiter als "Kompanieführer des Betriebes" (der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, in einem Aufruf, Angriff Nr. 208 vom 4. September 1936), von denen "die Gefolgschaftsmänner zu Wirtschaftssoldaten herangebildet werden müssen". Es soll

jeder Betrieb ein Kasernenhof

werden. Die Deutsche Arbeitsfront erbot sich, ihre Betriebsobleute als "etatmäßige Feldwebel" zur Verfügung zu stellen, die die Ausführung der Befehle des Unternehmers überwachen (Dr. Ley im gleichen Aufruf). Die Löhne sollten gedrückt werden, um die Kosten der Aufrüstung zu verringern, ohne die Gewinne der Industriellen anzutasten, und die Lebenshaltung der Arbeiter sollte gesenkt werden, um die Einfuhr von Lebensmitteln und von Rohstoffen für die Verbrauchsgüterindustrien drosseln zu können. Nazis und Unternehmer haben sich im gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiter gefunden.

Der Unternehmer diktiert.

Um einen Widerstand der Arbeiter zu erschweren, wurden die Gewerkschaften zerstört und die Polizei angewiesen, jeden Versuch der Wiederaufrichtung von Gewerkschaften zu unterdrücken. Zur Beschwichtigung der Nazi-Arbeiter wurde auch die Auflösung der sozialpolitischen Organisationen der Unternehmer, der Arbeitgeberverbände, angeordnet. Aber diese "Auflösung" war nur ein Täuschungsmanöver. "Nach der Auflösung der Arbeitgeberverbände waren die Unternehmer keineswegs organisationslos. Sie hatten ihre Kartelle, die im weiteren Verlauf noch durch Zwangskartelle und Zwangsbeschlüsse ergänzt und erweitert wurden, und sie hatten ihre wirtschaftspolitischen Verbände. Die letzteren gingen später in der sogenannten 'Organisation der gewerblichen Wirtschaft' auf", schrieb drei Jahre nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften der ehemalige "Treuhandler der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen" (in der "Braunen Wirtschaftspost" vom 4. April 1936). Diese "neuen" Organisationen sind nichts als "Unternehmerverbände im Ruhestande... die alten Syndici blieben, weil die neuen Leiter sie anfänglich nicht entbehren konnten, so dass durch die Herrschaft dieser Art Syndici meistens das geschah, was sie (die Syndici, Red.) wollten" (stellt der nationalsozialistische "Westdeutsche Beobachter" fest - zitiert nach "Die deutsche Volkswirtschaft", 3. Oktoberheft 1936). Die alten Sozialreaktionäre lenken nach wie vor im "Dritten Reich der Volksgemeinschaft" die Unternehmerverbände. "Jeder Eingeweihte weiss, welche guten persönlichen Beziehungen zu einigen wenigen Unternehmern auch heute noch das Gesicht der offiziellen nationalsozialistisch verbrämten (!) Stellungnahmen (der Unternehmerverbände, Red.) nach aussen formen". (ebenda).

Die Syndici wachen sorgsam darüber, dass den Unternehmern, die sich im Interesse der Kriegswirtschaft einschneidende wirtschaftspolitische Eingriffe gefallen lassen müssen, das sozialpolitische "Herrenrecht" gewahrt bleibt.

Die Tarifverträge sind zerschlagen; Betriebsordnungen, von den Unternehmern diktierte Werktarife, regeln die Löhne und Arbeitsbedingungen, die Unternehmer sind nur noch an die Tarifordnungen der Treuhänder gebunden. Die Beaufsichtigung dieser Treuhänder hatte Hitler zuerst persönlich übernommen; aber dann, als er fürchten musste, dass die wachsende Erregung über die braune Sozialreaktion sich auch gegen ihn persönlich wenden würde, unterstellte er die Treuhänder dem früheren Syndikus der Ruhrindustriellen, Dr. Mansfeld. Als Göring zum Bevollmächtigten für den "4-Jahres-Plan" ernannt worden war, übertrug er dem Syndikus der Ruhrindustriellen die Entscheidung in allen lohnpolitischen Fragen und unterstellte ihm überdies noch die Arbeitsfront. Die Unternehmer können ihre Macht immer ungehinderter ausnützen. Die "Treuhandler der Arbeit", die gegen jeden widerstrebenden Arbeiter rücksichtslos die Polizei einsetzen, wagen sich nicht an die Unternehmer heran.

Machtlose Treuhänder.

Es ist ein groteskes Bild: die höchsten Beamten des brutalsten Polizeistaates der Erde flüchten in die Öffentlichkeit und jammern über die reaktionäre Haltung der Unternehmer, aber sie wagen nicht einzuschreiten!

Als (ab 1. Mai 1934) im Dritten Reich die Betriebsordnungen (Werktari-

fe) in Kraft traten, versicherten die Nazis den Arbeitern, dass, so lange es noch sozialreaktionäre Unternehmer gäbe, von den Treuhändern Tarifordnungen erlassen würden, die durch die Werktarife nur verbessert, aber auf keinen Falle verschlechtert werden dürfen. In den Tarifordnungen der Treuhänder kehrt stereotyp der Satz wieder: Arbeitsbedingungen, die besser sind, als in dieser Tarifordnung vorgesehen, dürfen nicht verschlechtert werden. Diese Vorschrift steht nur auf dem Papier. Die westdeutsche Arbeitsfront hat die völlige Ohnmacht der Treuhänder, den Tarifordnungen Geltung zu verschaffen, ganz offen zugeben müssen. Die Tarifordnung für die westdeutsche Sitzmöbelindustrie, die am 1. Oktober in Kraft trat, bestimmte wie üblich: "Diese Tarifordnung darf nicht zum Anlass genommen werden, bisher günstigere Einzelarbeitsverträge und Betriebsordnungen abzuändern" (Tarifregister 1610/1). Wie üblich senkten die westdeutschen Möbelindustriellen die Löhne auf den niedrigsten Tarifordnungssatz. Die Arbeiter beschwerten sich. Doch das Wochenblatt der westdeutschen Arbeitsfront, "Der Ruhrarbeiter", musste ihnen (in der ersten Dezemberausgabe Nr. 48) erklären: "In wie weit es dem Treuhänder gelingen wird, diejenigen Unternehmer, die bislang 'über Tarif' bezahlten, zu veranlassen, diese übertarifliche Bezahlung weiter durchzuführen, wird im einzelnen, darüber kann man sich einer Täuschung nicht hingeben, sehr vom guten Willen der Unternehmer abhängen. Denn es ist ja nicht möglich, dass hinter jedem Betriebsführer ein Polizist steht". - Polizisten gibt es genug im Dritten Reich, aber sie werden nur gegen Arbeiter und "Staatsfeinde" eingesetzt.

"Soziales Dynamit".

Die Nazis hatten den ihrer Gewerkschaften beraubten deutschen Arbeitern versprochen, dass die Lebenshaltung der Arbeiterschaft sich im Dritten Reich auf keinen Fall verschlechtern würde. Hitler hat wiederholt feierlich sein Wort verpfändet, dass Löhne und Preise stabil bleiben würden. Aber was gilt schon ein "Führerwort" im "Führerstaat"! Die Lebenshaltungskosten stiegen in Deutschland seit 1933 um 20-25%, aber es kam kein Teuerungsausgleich, ja die Löhne wurden in vielen Berufen sogar noch gesenkt. Die übertariflichen Zuschläge verschwanden. Mit Berufung auf die nationalsozialistische Theorie vom "Leistungslohn" wurde der "starre" Tariflohn beseitigt, haben die Unternehmer die Akkorde verschlechtert und die Zahlung der Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit eingestellt. Die Nazidiktatur unterstützt diesen Lohndruck. Sie gestattet den Treuhändern, falls sie es aus "wirtschaftlichen oder sozialen Gründen" für "dringend geboten" halten, einzelne Betriebe, "einzelne Betriebsabteilungen", ja sogar "bestimmte Gefolgschaftsmitglieder" aus der Tarifordnung herauszunehmen (Verordnung vom 15. Oktober 1935) und für sie untertarifliche Entlohnung zu gestatten.

Und selbst diese durchlöcherten Tarife werden nicht eingehalten. Die Arbeitsfront machte in ihrem offiziellen Organ die deutschen Seeleute ausdrücklich darauf aufmerksam, dass auch nicht eine einzige Reederei tariftreu sei. Deshalb "ist es für die Seeleute aller Kategorien von unendlicher Wichtigkeit, auf jeden (!) Fall bei der Abmusterung einen Vorbehalt zu machen", um später die ihm vorenthaltenen Summen einklagen zu können (Der deutsche Seemann, Juni 1936).

Die Arbeitsgerichte aber stehen im Dritten Reich regelmässig auf Seiten der Unternehmer. Das Tarifschiedsgericht für die Deutsche Seeschiffahrt erkennt nur noch juridisch exakt formulierte Vorbehalte an. Für die Ersatzstoff-Industrie haben die Arbeitsgerichte die Position klagender Arbeiter ähnlich verschlechtert. Mit Ersatzstoffen muss meist langsamer gearbeitet werden, der Akkordverdienst sinkt in den mit Ersatzstoffen arbeitenden Industrien immer häufiger selbst unter das tariflich garantierte Zeitlohniveau. Die Arbeiter protestieren vergeblich. Das höchste deutsche Arbeitsgericht, das Reichsarbeitsgericht, hat (am 7. Oktober 1936) entschieden, dass die Unternehmer die Akkorde so festsetzen dürfen, dass der tarifliche Mindeststundenlohn nicht mehr unter allen Umständen erreicht wurde. - Bei bisher nicht erprobten Ersatzstoffen könnten die Arbeiter aber gegen falsche Akkordfestsetzung Einspruch erheben. Um die Einspruchsmöglichkeit gegen derartige Fehlberechnungen zu erschweren, haben eine Reihe Unternehmer festgelegt, dass spätestens am Tage nach der Lohnauszahlung Einspruch erhoben werden muss, schon nach einer Woche gälten etwaige Nachforderungen als verjährt. Das Reichsarbeitsgericht hat (am 5. September, Aktenzeichen 104/36) diese gesetzwidrige Praxis ausdrücklich gebilligt! Das Risiko, dass Akkordarbeit durch schlechtes Material, durch Regen usw. behindert wird, muss der Arbeiter tragen. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften, mit der Beseitigung der frei

gewählten Betriebsräte verschwanden auch die gewerkschaftlichen Akkordkommissionen aus den deutschen Betrieben. Die Akkorde werden heute nach den Anweisungen der Betriebsleitung festgesetzt. Die Unternehmer nutzen die Entrechtung der Arbeiter weitlich aus. "Die Erbitterung des Arbeiters" darüber, "dass bei Zunahme der Arbeitsintensität der Akkordsatz herabgedrückt" wird, über "die Unsicherheit der Bemessungsgrundlagen, das üble Akkordbrechen, das berüchtigte Akkordreissen, das Abstellen auf hochgetriebene Spitzenleistungen und das dadurch bedingte mörderische Arbeitstempo, die unfreiwilligen, dem Arbeiter nicht bezahlten Arbeitspausen, die sich durch schlechte Beschaffenheit von Werkzeug und Rohmaterial..." ergeben, findet selbst die Arbeitsfront begreiflich. (Monatshefte für NS-Sozialpolitik vom 10. Januar 1937). "Es gibt kein gefährlicheres soziales Dynamit als Willkür und Entrechtung", muss sie warnend erklären. Mit der Nazi-Legende von der im Dritten Reich verwirklichten "Betriebsgemeinschaft" verträgt sich diese Feststellung schlecht. Aber sie entspricht durchaus der gespannten Stimmung in den deutschen Betrieben.

Die Löhne sinken - der Profit steigt. Zuverlässliche amtliche Ziffern über den Ausmass der Lohnsenkung im Dritten Reich liegen nicht vor. Die deutsche Lohnstatistik ist eine reine Propagandaangelegenheit, die aus unangebrachter Höflichkeit noch von amtlichen Zeitschriften einzelner Länder ohne Vorbehalt übernommen wird. Aber Anhaltspunkte für die Lohnentwicklung in einigen Berufen ergeben sich selbst aus den Veröffentlichungen der Nationalsozialisten. Die amtlichen Lohnerhebungen gestatten, trotz aller Verschleierungen, für einige Berufe noch einen Vergleich mit der amtlichen Tariflohnstatistik. Für 10 Gruppen ist selbst nach der sorgfältig zurechtgemachten amtlichen Erhebung vom Juni 1936 ein Sinken der Bruttoverdienste einschliesslich aller Zuschläge (Ueberstunden!) bis zu 20% unter den ohne Zuschläge berechneten Tariflohnsatz vom 1. April 1933 feststellbar: für Maurer, männliche und weibliche Hilfsarbeiter in der papierverarbeitenden Industrie, weibliche Fach- und Hilfsarbeiter in der Textilindustrie, männliche und weibliche Schuhfabrikarbeiter (unter Satz vom 1.X.32), männliche Hilfsarbeiter in der Süss-, Back- und Teigwarenindustrie und gelernte und ungelernte Arbeiter im Baugewerbe. Die reaktionäre Tendenz der Nazi-Lohnpolitik ist deutlich erkennbar.

Noch deutlicher wird die Nazi-Lohnpolitik durch die jüngste Veröffentlichung der amtlichen Tariflohnstatistik. Das Statistische Reichsamt veröffentlicht (Wirtschaft und Statistik 1937, Nr. 1) die durchschnittliche Höhe der von den Treuhändern der Arbeit diktierten Tariflöhne in 15 Industrien. Für 6 Gruppen wird eine Lohnsenkung zugegeben. Für die andern Gruppen wird Stabilität der Löhne behauptet. Doch die Statistik berücksichtigt nicht, dass zahllose Betriebe meist mit ausdrücklicher Erlaubnis des Treuhänders unter Tarif zahlen. Für die Schuhindustrie z.B. wird für Dezember 1936 ein tariflicher Stundenlohn von 79,2 Pfennig angegeben, genau so wie für Dezember 1932. Gezahlt aber wurde im Juni 1936 (mit Einschluss aller Zuschläge!) nur 77,6 Pfg., den Arbeiterinnen statt 59,9 nur 50,7 Pfg. - also 20% weniger! Für die gedrückten Löhne aber wird mehr Arbeit verlangt. Die "arbeiterfreundliche" Diktatur gestattet den Unternehmern die brutalste

Antreiberei

und rücksichtslose Ueberstundenwirtschaft im "nationalen Interesse". Ueberstundenzuschläge werden häufig nicht mehr gezahlt, die vorgeschriebenen Zuschläge für Sonntagsarbeit werden (wie der Berliner "Treuhänder der Arbeit" feststellt - Berliner Tageblatt vom 13. Januar) immer wieder der Arbeitern vorenthalten; der 8-Studentag steht nur noch auf dem Papier: innerhalb von 14 Tagen können die Unternehmer die Arbeiter 96 Stunden in von ihnen festgesetzten Zeitabschnitten abarbeiten lassen. Sie können eine Woche feiern lassen und dann 96 Stunden ohne Ueberstundenvergütung in verlängerten Schichten abarbeiten lassen. Das Risiko des stossweisen Eingehens von Aufträgen oder Rohstoffen wird auf die Arbeiter abgewälzt. Bei Vorliegen eiliger Rüstungs- oder Exportaufträge müssen die Arbeiter oft 80, 90 Stunden, ja in einzelnen Unternehmen über 100 Stunden pro Woche arbeiten. Das Arbeitstempo ist derartig gestiegen, dass selbst das Konjunkturinstitut "Schonung der Arbeitskraft" verlangt (Vierteljahrsheft vom 23.XII.36, Seite 274), dass die Arbeitsfront davon warnen muss, "dass der einzelne durch eine Ueberspannung seiner körperlichen Kräfte gesundheitlichen Schaden erleidet" (Gauwalter Johlitz auf einer westdeutschen Arbeitsfront-Tagung, nach dem Bericht des "Ruhrarbeiters", 1937, zweite Januarausgabe), und das Sozialamt der Arbeitsfront

vor "Ausnutzung" der Arbeitskräfte warnt (Monatshefte für NS Sozialpolitik vom 10. Januar 1937). Aber es bleibt bei schüchternen Ermahnungen.

Der bei diesem Hetztempo dringend nötige Urlaub wird oft nicht gewährt; "in einer ganzen Reihe von Betrieben ist festgestellt worden, dass den Gefolgschaftsangehörigen der ihnen nach der Tarifordnung zustehende Urlaub vorenthalten worden ist" (Angriff Nr. 12 vom 15. Januar 1-37). Der Gesundheitszustand der Arbeiter hat sich entsprechend verschlechtert, die Krankenziffern steigen von Jahr zu Jahr. Die Zahl der erkrankten krankenversicherten Arbeiter und Angestellten lag 1935 - nach einer vom "Deutschen Aerzteblatt" am 24. Oktober 1936 als "verhältnismäßig niedrige Schätzung" bezeichneten Angabe um 28% höher als 1932; 30,5% höher als 1931. Statt die Ursachen der Massenerkrankungen zu bekämpfen, bestraft die Diktatur die Erkrankten. Das Krankengeld wurde herabgesetzt, um den "Gesundungswillen" zu fördern und Krankenkassen fordern von den Versicherten plötzlich einen Teil der Arztkosten. Die Reichsbahnkrankenkasse gewährt ab Januar 1937 den Beamten des Betriebsdienstes keine freie ärztliche Behandlung mehr, sondern verlangt, dass die Kranken 20% der Arztkosten selbst tragen. Gleichzeitig aber wurden die Krankenkassenbeiträge um 20% erhöht. Nur die Furcht vor einem zu starken Absinken des Gesundheitszustandes der Rekruten setzt dieser Ausnutzung Schranken.

Bei einer derartigen Ausbeutung ist es verständlich, dass während der ersten 4 Jahre des Dritten Reiches "die Wirtschaft grosse Gewinne gemacht hat... weil der Leistungslohn sich... noch nicht durchsetzen konnte" (Völkischer Beobachter Nr. 296 vom 22. Oktober 1936), weil die Arbeitsleistung bei sinkenden Löhnen ausserordentlich stieg. Bei den Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse notiert werden, ist die ausgezahlte Dividendensumme von 1932 bis 1936 um 79% gestiegen ("Deutschland an der Jahreswende 1936/7", Halbjahresbericht der staatlichen Reichskreditgesellschaft, Seite 63). Die Ueberschüsse der Industrie haben seit 1932 (nach Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung) um 4 1/2 Milliarden RM zugenommen.

Die - dank der strengen Zensur des deutschen Propagandaministeriums - nur in bestimmten Fällen aus nationalsozialistischen Quellen nachweisbare Senkung der Nominallöhne ergibt nur ein ungefähres Bild der Tendenz der Nazilohnpolitik. Die wirklich ausgezahlten Stundenverdienste, die Nettolöhne, sind weit stärker gesunken als die Bewegung der Tariflohnsätze vermuten lässt. Nach Mitteilung auf einer Tagung der "Reichsarbeitskammer", der Spitzenkörperschaft der Arbeitsfront (am 28. April 1936) betragen die Abzüge vom Lohn im Dritten Reich, die der Arbeiter zahlen muss, "um sich zu erhalten", durchschnittlich (ohne Winterhilfe und ähnliche Steuern!) 23,2%, sie sind doppelt so hoch wie in der kapitalistischen Demokratie. Und gleichzeitig sind die Lebensmittelpreise ausserordentlich gestiegen. "Gewissenhaft geführte Haushaltsbücher zeigen zwischen Januar 1933 und März 1936 eine zwanzigprozentige Preissteigerung für die gleichen Waren", berichtet der Handesattaché an der britischen Botschaft in Berlin (Economic Conditions in Germany, London 1936, Seite 231).

Seit März 1936 sind die Preise "in eine für jeden spürbare Bewegung geraten" (Deutsche Arbeitsfront, Frankfurter Zeitung vom 10. Oktober). Der Berliner Korrespondent des "Economist" schätzt (am 6. Januar 1937), dass seit Januar 1933 die Preise um 20-25% stiegen. Aber auch er hat die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Ersatzwirtschaft nicht berücksichtigt. Wenn die Arbeitskleidung aus Ersatzstoffen nicht so lange hält wie früher, wenn das Sohlenleder so schlecht ist, dass sie Schuhe häufiger beschliffen werden müssen, so belastet das den Haushalt empfindlich, auch wenn keine Preisstatistik darüber berichtet. Aber schon bei Annahme einer Preissteigerung von nur 25% ergibt sich im Vergleich zur Vor-Hitler-Zeit:

von jeder Mark Lohn gehen 10 Pfennig für "Nazisteuern" ab und die Kaufkraft der verbleibenden 90 Pfennig ist um mindestens 25% = 22 Pfg. gesunken,

eine Mark in der Lohntüte ist also heute nur noch so viel wert wie 68 Pfennig im Krisenjahr 1932.

Lohnsenkungen beschränken sich in Krisenzeiten nicht auf faschistische Staaten. In allen kapitalistischen Staaten wurden die Löhne im Abstieg der Konjunktur gesenkt. Aber in keiner kapitalistischen Demokratie wurden die Löhne in der Krise so brutal gesenkt wie in den kapitalistischen faschistischen Staaten, in keiner kapitalistischen Demokratie bedroht der Staat Lohnforderungen mit Konzentrationslagerhaft. Während in allen Ländern die Gewerkschaften in der ansteigenden Konjunktur einen erfolgreichen Kampf um Lohnerhöhung führten und führen, werden im Dritten

Reich in der Rüstungs-Hochkonjunktur trotz inflationistisch aufgeblähter Preise vielen Arbeitern noch nicht einmal die Elendslöhne der Krisenzeit gezahlt.

An dieser Tatsache entzündeten sich die täglichen Diskussionen in den Arbeiterquartieren und die Kämpfe im Betriebe. Denn die Arbeiter sehen nur zu deutlich, dass es nicht wahr ist, was die Nazipropaganda immer wieder behauptet, dass im Dritten Reich die Not gemeinsam getragen wird. Sie sehen, dass der Nazistaat auf Seiten der Unternehmer steht, dass die Gewinne der Rüstungsbetriebe rapid ansteigen, dass die Unternehmungen Mühe haben, ihre Gewinne zu verschleiern. Krupp gab nach ausserordentlich hohen Abschreibungen 1931/2: 108 Millionen RM Betriebsüberschuss zu, 1932/3: 119 Millionen RM, 1933/4: 177 Millionen RM, 1934/5: 232 Millionen RM und 1935/6: 288 Millionen RM. Die Arbeiter erfahren, dass die "Volksgenossen Generaldirektoren", die jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsphrasen begründen, sich selbst mehr als reichliche Gehaltsaufbesserungen bewilligten. Gerade der Kampf um die Höhe der Bezüge der Generaldirektoren ist in Deutschland seit einem Jahrzehnt zum Symbol des Kampfes gegen die Wirtschaftskapitäne geworden, die sich mit hohen Pensionen gegen jedes Risiko sicherten, aber trotzdem noch hohe Risikogehälter beanspruchten. Die freien Gewerkschaften hatten in den Krisenjahren immer wieder Abbau dieser Spitzengehälter verlangt und die Nazis hatten diese populär gewordene Forderung übernommen. Aber statt der umfassenden Senkung dieser Spitzengehälter brachte das Dritte Reich nur die Unterdrückung der Veröffentlichung ihrer Höhe in den Tageszeitungen. Wir geben an Hand der Geschäftsberichte wichtiger deutscher Aktiengesellschaften eine Uebersicht, die treffend die Naziphrasen von der

"Volksgemeinschaft der Not"

charakterisiert. Die durchschnittlichen Bezüge der Vorstandsmitglieder dieser Aktiengesellschaften stiegen bei:

Hamburg-Süd (Reederei)	vom 28.000 (32)	um 7.000 = 25%	auf 35.000 RM (35)
Ver. Glanzstoff	" 44.000 (33)	" 14.000 = 32%	" 58.000 RM (35)
Wuppertäl	" 56.000 (32/3)	" 15.000 = 27%	" 71.000 RM (35/6)
Rhein. Stahlwerke 1)	" 31.000 (32/3)	" 40.000 = 129%	" 71.000 RM (35/6)
Klöckner 1)	" 55.000 (32)	" 17.000 = 30%	" 72.000 RM (35)
Akkumulatoren	" 50.000 (32)	" 24.000 = 48%	" 74.000 RM (35)
Adler-Werke (Auto)	" 52.000 (32)	" 25.000 = 48%	" 77.000 RM (35)
Felten & Gulleaume	" 42.000 (30)	" 47.000 = 112%	" 89.000 RM (35)
Demag (Maschinen)	" 60.000 (32)	" 29.000 = 48%	" 89.000 RM (35)
Bayr. Motoren Werke	" 54.000 (32)	" 45.000 = 83%	" 99.000 RM (35)
AG. für Zellstoff	" 89.000 (32)	" 19.000 = 21%	" 108.000 RM (35)
Dynamit Nobel	" 91.000 (33)	" 20.000 = 21%	" 111.000 RM (35)
Deutsche Erdöl AG	" 71.000 (32/3)	" 45.000 = 63%	" 116.000 RM (34/5)
Hoesch 1)	" 122.000 (32)	" 22.000 = 16%	" 144.000 RM (35)
IG-Farben (Chemie)	" 95.000 (32)	" 59.000 = 61%	" 154.000 RM (35)
Mannesmann 1)	" 80.000 (32/3)	" 95.000 = 106%	" 175.000 RM (34/5)
Krupp 1)	" 80.000 (32/3)	" 95.000 = 106%	" 175.000 RM (34/5)

1) Schwerindustrie

Die Feststellung der Höhe der wirklichen Bezüge der deutschen "Wirtschaftsführer" ist nicht ganz einfach. Gesetzlich sind zwar (seit 1931) alle deutschen Aktiengesellschaften verpflichtet, die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder und die der Aufsichtsratsmitglieder getrennt im Geschäftsbericht anzugeben. Doch ein grosser Teil der Aktiengesellschaften pfeift auf diese Vorschrift. Ein Teil der Geschäftsberichte enthält überhaupt keine vergleichbaren Angaben, ein anderer Teil gibt zur Verschleierung die Bezüge der Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder nur in einer Summe an. Der grösste Teil der Geschäftsberichte gibt die oft sehr erheblichen Nebenbezüge der Vorstandsmitglieder bei Tochtergesellschaften nicht an, der Wert der "Dienstwohnung", der Pensionsberechtigung usw. wird schamhaft verschwiegen, Repräsentationskosten, "Vertrauensspesen" etc. werden nicht als Gehalt, sondern als "Unkosten" verbucht. Viele Aktiengesellschaften haben neue "stellvertretende" Vorstandsmitglieder ernannt, deren "niedrige" Bezüge die "Durchschnittsbezüge" senken. Nur diese

durchschnittlichen Bezüge der Generaldirektoren, Voll-Vorstandsmitglieder und stellvertretenden Vorstandsmitglieder lassen sich errechnen. Im September 1931 wurde durch eine Notverordnung die Möglichkeit geschaffen, alle Dienstbezüge mit über 15.000 RM Jahresgehalt einseitig aufzu-

kündigen und herabzusetzen. Keine dieser grossen deutschen Aktiengesellschaften hat von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht.

Hitler hat (am 9. September) erneut erklärt, es sei "der eiserne Grundsatz der nationalsozialistischen Führung keine Steigerung des -- durch die Teuerung um 25% entwerteten -- "Stundenlohnes zuzugeben". Aber gegen die Erhöhung der Riesengehälter bis zu 129% hat die Nazi-Führung keine Bedenken. Bonzen und Wirtschaftskapitäne können im Dritten Reich nie genug verdienen. So verwirklichen die Nazis die "Volksgemeinschaft der Not"!

Fettkarten...Fleischmangel...Getreideknappheit.

Die Herren des Dritten Reiches wünschen, dass die Massen noch schlechter leben als bisher. Wird weniger gegessen, dann brauchen weniger Lebensmittel eingeführt zu werden, dann steht ein grösserer Teil des unzureichenden Ausführüberschusses für die Einfuhr von Rüstungsrohstoffen zur Verfügung. Kann der Verbrauch noch stärker gedrosselt werden, dann wird das Geld zur Sparkasse gebracht. Die Spargelder beschlagnahmt das Dritte Reich dann bei den Sparkassen als Zwangsanleihe zur Finanzierung der Aufrüstung. Es wird sie nie zurückzahlen. Ist erst die Aufrüstung weitgehend abgeschlossen und damit der Höhepunkt der Verschuldung erreicht, dann kommt eine empfindliche Abwertung und eine entsprechende Entwertung der Spargroschen.

Um den Verbrauch zu drosseln, hat die Nazi-Diktatur die Einfuhr von Lebensmitteln auf ein Minimum herabgedrückt und ausprobiert, wie weit es gehen kann. Nur widerwillig unter dem wachsenden Druck der erregten Massen wurde seit Anfang 1936 eine etwas grössere Lebensmitteleinfuhr gestattet.

Seit Beginn der Nazidiktatur fehlt es in Deutschland in jeder Jahreszeit an bestimmten Lebensmitteln. Zuerst suchten die Nazis den Mangel zu verschleiern, aber seit 1935 ist System in den Mangel gebracht worden und seit dem Nazi-Parteitag im September 1936 wurde die Lebensnot stolz als Opfer für die Aufrüstung bezeichnet. "Etwas weniger Fett, etwas weniger Schweinefleisch, ein paar Eier weniger zu verzehren... bedeutet ein Opfer.. Wir wissen, dass die Devisen, die wir dadurch sparen, der Aufrüstung zugute kommen. Auch heute gilt die Parole: "Kanonen statt Butter"! erklärte Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess (am 12. Oktober 1936 in Hof - Angriff Nr. 241 vom 13. Oktober). Doch er versicherte beruhigend zugleich: der Lebensmittelmangel würde nie so stark werden, dass Lebensmittelkarten eingeführt werden müssten. "An eine derartige Einführung wird nicht gedacht", berichtete der "Angriff" in seinem unnachahmlichen Deutsch. Doch schon zwei Monate später, unmittelbar vor Weihnachten, mussten Butter und tierische Fette rationiert werden. Und die Nazi-Rationierung ist schlimmer als im Kriege 1914-18. Niemand hat mehr wie im Kriege ein Anrecht auf den Bezug einer bestimmten Fettmenge. Auf Grund der Eintragung in die "Kundenliste" eines Händlers kann man gegen Vorzeigen eines "Bezugsausweises" nur " b i s " zu 80% der Menge Fett erhalten, die man im Oktober 1936 kaufte. Zahlungsfähige, die mehr für Fett ausgeben konnten als Arbeiterfamilien, haben im Oktober mehr Fett gekauft, als der Durchschnitt. Sie erhalten daher laufend grössere Fettrationen als die weniger bemittelten "Volksgenossen". Und wie im Kriege können sie noch durch Zukauf im Schleichhandel ihr Eintreten für die "Volksgemeinschaft" beweisen.

Das Fett der breiten Massen, Margarine, wurde nicht rationiert, die Regierung hat einfach die Margarineproduktion gedrosselt. Eine empfindliche Qualitätsverschlechterung, die den billigeren Margarinearten heute schon den Namen "Wagenschmiere" eingebracht hat, soll der Reiz zum Margarinekauf weiter vermindern.

Der Fleischverbrauch ist bereits seit Ende September 1935 rationiert. Aber wiederum hat die Nazi-Diktatur den Arbeiterfamilien kein Bezugsrecht für Fleisch gesichert, sondern nur die Schlachtungen gedrosselt. Den Fleischern ist wöchentlich nur noch ein bestimmter Prozentsatz ihrer Schlachtungen einer "Normalzeit" gestattet. Das Schlachtkontingent für Schweine wurde auf 60% des Wochendurchschnitts der zwischen dem 1. IV. 1934 und dem 1. X. 1935 durchgeführten Schlachtungen herabgesetzt, das Schlachtkontingent für Rinder auf 60% des Wochendurchschnitts Oktober 1934 bis 1. April 1935. In vielen Gegenden halten die Fleischer nur noch wenige Tage den Laden geöffnet. Die Kunden pflegen ihre Bestellungen am Tage vorher aufzugeben.

Durch den Umsatzrückgang stehen viele Fleischer am Rand des Bankrotts. In ihrer Not versuchen sie, an den selbst verarbeiteten Waren, vor allem an Wurst, durch Qualitätsverschlechterung zu verdienen

Die Arbeiter, denen ein Stück Wurst die fettlosen Frühstücksbrote ergänzen soll, sind die Leidtragenden. Zwei Beispiele aus nationalsozialistischen Berichten: die Preisüberwachungs-Behörden der Stadt Speyer beschwert sich über ungenießbare Gummiwurst: "Einfache Wurstsorten werden in der Pfalz besonders von unseren Industriearbeitern gekauft und gegessen. Diese einfachen, preisgebundenen Wurstsorten hatten manchmal (?) bedenklich in der Qualität nachgelassen, besonders wenn Fett, Speck, Schweinefleisch und Innereien (Leber) knapp waren. Der "Weg allen Fleisches" -- auch minderwertiger Teile -- führte dann in die Konsumwurst. Diese Sorte Wurst konnte man getrost an die Wand werfen: sie prallte elastisch zurück wie ein Gummiball. Nährwert gleich Null" (National-Sozialistische Zeitung, Rheinfront Nr. 283, 1936).

In Hannover musste das städtische "Chemische Untersuchungsamt" Wurstverfälschungen feststellen. "Bei der Fleischknappheit in den Herbstmonaten" fanden sich in untersuchter Wurst "9 bis 12% Mehlstoffe". Würste waren mit Formalin und Präservesalz behandelt worden, "11 Proben waren verdorben", Knapp- und Fleischwurst bestand im wesentlichen aus Pansen, "sehr (!) erhebliche Wasserzusätze zur Wurstmasse wurden beobachtet", Sülzen waren "durch Teerfarbstoffe gefärbt" (nach dem Zitat der "Rundschau der Deutschen Verbrauchergenossenschaften" -- Nr. 40 -- aus einem Bericht der Deutschen tierärztlichen Wochenschrift)

Die deutsche Landwirtschaft ist auf die Einfuhr von Kraftfuttermitteln für das Vieh angewiesen. Die Nationalsozialisten aber haben die Einfuhr von Kraftfuttermitteln gedrosselt, um für die ersparten Devisen Rüstungsrohstoffe einzuführen und dadurch eine Katastrophe der deutschen Viehwirtschaft herbeigeführt. Am Ende des schlechten Weidejahres 1934 mussten die Bauern aus Futtermangel ihr Vieh in Massen schlachten. Seit 1935 herrscht in Deutschland daher ein ständiger Mangel an Rind- oder Schweinefleisch. Die Regierung empfahl damals dem Volk, weniger Fleisch und mehr Brot zu essen (z. B. Völkischer Beobachter vom 15. Januar 1936). Aber inzwischen hat sich das Blatt wieder gewendet, der Ferkelbestand hat rasch zugenommen, aber jetzt fehlt es an Brotgetreide. Den Bauern wurde verboten, Vieh mit Getreide zu füttern, Hühnerfutter wird durch Behörden vom Hof geholt und die Landarbeiter erhalten das ihnen als Teil ihres Lohnes zustehende Futtergetreidedeputat nicht mehr und müssen ihren mühsam aufgezogenen kleinen Viehbestand schlachten. (Völkischer Beobachter No. 12 vom 12. Januar 1937). Als Ersatz für Fleisch wird jetzt Fisch, angepriesen, aber nicht in der Form, wie man ihn in allen andern Ländern gewohnt ist. Die gleichgeschalteten deutschen Konsumgenossenschaften fordern ihre Verkäufer auf, dafür zu sorgen, "dass Absatz und Verbrauch derjenigen Fischwaren (Fischkonserven), die mit Öl oder Fett zubereitet sind, eingeschränkt wird zugunsten solcher, die mit sonstigen Tunken hergestellt oder anders zubereitet werden". (Rundschau vom 14. November 1936).

Den Arbeitern wird empfohlen, möglichst viel Kohl zu essen. Die Rolle, die in den Hungerwintern 1916 und 1917 die Steckrübe spielte, hat jetzt der Kohl übernommen. Wenn man der deutschen Propaganda Glauben schenken wollte, gäbe es keine gesündere Nahrung als Kohlgerichte, die ohne Fett zubereitet werden. Selbst der Armee wurde das zu toll. In einer unter dem Schutz des Kriegsministeriums Mitte 1936 veröffentlichten Arbeit über die Sonderernährung der Rüstungsarbeiter im Rahmen der Kriegswirtschaft 1914/18 (erschieden in der der Deutschen Arbeitsfront gehörenden Hanseatischen Verlagsanstalt) wird mit betonter Anspielung auf die Propaganda-Aktion des Ernährungsministeriums gewarnt: Esst nicht zu viel Kohl! "Der Mensch mit hohem Nahrungsbedarf muss sich vor einem Zuviel an kalorienarmen Krautgemüsen hüten, denn diese führen zur Unterernährung und lost dann im Kriege körperliche und geistige Leiden für die Arbeiterschaft aus". (Seite 52).

Wenn Nahrungsmittel knapp werden, steigen die Preise. "Wenn 10 Mann nach einem Brot greifen, das nur für 9 ausreicht, dann bietet der zehnte Mann einen höheren Preis, dann der achte und der erste und der zweite und der dritte und letzten Endes jagt jeder den andern um dieses Brot". (Dr. Loy auf der Tagung der Reichsbetriebsgemeinschaft Vorkohr und öffentliche Betriebe nach "Arbeit und Staat" vom 11. November 1936).

Die Verbraucher suchen der Preissteigerung durch Abwanderung zu den billigsten Qualitäten auszuweichen, besonders Einzelhandelsgeschäfte mit überwiegender Arbeiterkundschaft mussten diese Feststellung machen. (Siehe "Rundschau" der Konsumgenossenschaften, No. 46).

Unterernährtes Volk.

Man kann sich nur schwer davon ein Bild machen, wie sich der Durchschnittsarbeiter heute im Dritten Hunger-Reich ernährt. Die zahlreichen vorliegenden Berichte von Arbeitern geben immer nur einen Teilausschnitt und amtliche Ziffern liegen nicht vor. Die Angaben über die Entwicklung des Lebensmittelverbrauchs besagen wenig, da sich der Bedarf der Armee seit 1932 vervielfachte, da nicht bekannt ist, in welchem Umfang Kriegsreserven angelegt werden und da der Eigenverbrauch der Landwirtschaft heute genauer erfasst wird. Einen ungefähren Anhaltspunkt aber ergeben einige amtliche Ziffern im Zusammenhang mit einer Veröffentlichung eines der bekanntesten deutschen Statistiker. Professor von Tyszka, der führende Kopf des Hamburgischen Statistischen Landesamtes, hat (in seiner Schrift: "Ernährung und Lebenshaltung des deutschen Volkes", Berlin 1934) berechnet, dass ein verheirateter erwerbsloser Arbeiter mit 2 Kindern im Alter von 10 und 11 Jahren im Oktober 1933 von einer monatlichen Erwerbslosenunterstützung von 86 Mark für Ernährung monatlich nur RM 44,70 ausgeben konnte, 10,31 pro Woche. Mit dieser Summe konnten die Erwerbslosen sich nicht ausreichend ernähren. Der berühmte Statistiker bezeichnet die Ernährung der Erwerbslosen im Oktober 1933 als "völlig ungeeignet, um die körperlichen und geistigen Kräfte vor dem Verfall zu bewahren und.... die nötige Spannkraft zu verleihen, durchzuhalten und nicht zu verzagen und zu verzweifeln". "Der Eiweißgehalt der Nahrung war...völlig unzureichend", "die Ernährungslage... recht kümmerlich und schlecht,...in jeglicher Hinsicht unzureichend". (S. 87, 91, 92, 93). Der Wärmewert dieser Nahrung entspricht (in Kalorien) nach seiner Berechnung gerade noch der Ernährung während der schlimmsten Inflationszeit.

Von besonderer Bedeutung ist diese Feststellung durch die Erklärung des Leiters der Deutschen Arbeitsfront, dass ein deutscher Arbeiter "für eine ordentliche Ernährung" (im Durchschnitt) nur 11,08 RM in der Woche ausgeben kann, (Völkischer Beobachter Nr. 258 vom 14. September 1936) also -- unter Berücksichtigung der Preissteigerungen -- weniger als die Erwerbslosen im Oktober 1933! Große Gruppen der deutschen Arbeiterschaft sind dank nationalsozialistischer Massnahmen völlig unterernährt. Ursache dieser Unterernährung ist die ausserordentliche Verteuerung der Lebensmittel. Schon die erste Teuerungswelle im Frühjahr 1933 traf die Massen schwer. "Der Fleischverbrauch zeigt eine Abnahme, d. h. trotz erhöhter Aufwendungen musste infolge der Preissteigerung der Fleischverbrauch eingeschränkt werden... Infolge der Preissteigerung für Fette konnte trotz einer Mehrausgabe von rund 50% nur eine um rund 40% geringere Fettversorgung erzielt werden" (Prof. Tyszka in der gleichen Untersuchung, S. 86/7). Die Fettverbilligungskarten "bedeuten keine wesentliche Verbesserung der Ernährung" (S. 89).

Man kann sich vorstellen, wie sich bei derartigen Verhältnissen der Lebensmittelmangel auswirkt, wie stark Schleichhandelspreise und Qualitätsverschlechterungen das Niveau der deutschen Volksernährung noch weiter senken. Die Unterernährung hat erschreckende Folgen. Die Zahl der erkrankten Frauen und Kinder der krankenversicherten Arbeiter und Angestellten ist von 1932 bis 1935 um 40%(!) gestiegen! (Deutsches Ärzteblatt vom 24. Oktober 1936). Es ist kein Zufall, dass die schwere Grippeepidemie, die in diesem Winter Europa überflutet, ihren Ausgang von Deutschland nahm.

Die Lohnbewegung der Facharbeiter.

Der Terror, der seit den ersten Jahren des Dritten Reiches wie eine dunkle Wolke über den Betrieben hängt, hat viel von seinem Schrecken verloren: wenn Spezialarbeiter für die Aufrüstung gesucht werden, darf man sie nicht mehr totschiessen, auch nicht auf gut Glück einsperren oder brotlos machen, um vielleicht unter 100 Verhafteten einen der gefürchteten "Illegalen" aufzuspüren. Man braucht sie. Schon das Herausziehen von 400 000 Arbeitern und Angestellten aus den Betrieben und Büros bei Einführung der einjährigen Dienstpflicht hatte in gewissen Industriezweigen einen Mangel an Spezialarbeitern eintreten lassen. Mit der Verdoppelung der Armee (ab August 1936) und mit der wahnwitzigen Beschleunigung der Befestigungsbauten an der Westgrenze gegen Frankreich, Belgien und Holland, an der Ostgrenze gegen das "befreundete" Polen, mit der Beschleunigung der Seerüstung gegen England ist in der Rüstungsindustrie der Mangel an Spezialarbeitern so stark geworden, dass die Betriebe sich, um die gewinnbringenden Rüstungsaufträge übernehmen zu können, um die Facharbeiter reissen und z. T. erhebliche Lohnerhöhungen in Form von Prämien, "Entfernungszulagen" usw.

zahlen. Das Selbstbewusstsein der Facharbeiter ist entsprechend gestiegen. In zahlreichen Betrieben, in denen versucht wurde, mit den 1933 und 1934 noch wirksamen polizeilichen Methoden einer Lohnforderung der Spezialarbeiter entgegenzutreten und in denen das Kampfmittel der passiven Resistenz nicht ausreichte, kam es zu Streiks. Nur ein kleiner Teil dieser Berichte konnte -- ohne Gefährdung der Berichterstatte -- veröffentlicht werden. Eine Übersicht über den Umfang dieser Streikbewegungen zu geben ist deshalb unmöglich. Aber wie sehr die Diktatur von diesen Bewegungen beeindruckt war, zeigen die sich jagenden Anordnungen der Geheimen Staatspolizei zur laufenden Überwachung aller Betriebe und zeigt wohl noch deutlicher die Warnung massgebender Stellen der Armee, den Bogen nicht zu überspannen, denn im fieberhaft vorbereiteten Kriege träten "die Facharbeiter in gleicher Weise für die Verteidigung des Vaterlandes ein wie der Soldat". Aber während der Soldat in militärischem Verband unter militärischer Disziplin kämpft, stünde der Facharbeiter allein an seinem Arbeitsplatz. Von seinem Durchhaltewillen hänge es weitgehend ab, ob die Kriegsproduktion aufrecht erhalten werden kann oder ob eine Panik die Betriebe stilllegt und den Nachschub an Munition und Waffen gefährdet; denn "in künftigen Kriegen werden die Werke der Kriegsindustrie in mindestens (!) gleicher Weise Fliegerangriffen mit allen ihren Folgen ausgesetzt sein wie ein grosser Teil der Frontabschnitte" (Major Leyers vom Heereswaffenamt in "Der deutsche Volkswirt" vom 20. November 1936).

Ihre wachsende wirtschaftliche und militärische Bedeutung schuf den Facharbeitern der kriegswichtigen Betriebe eine etwas grössere Bewegungsfreiheit. Die Behörden der Nazidiktatur, die ausdrücklich trotz der rasch steigenden Preise jede Lohnerhöhung verboten hatten, mussten Lohnerhöhungen zunächst in der Metallindustrie gestatten. Als dann die Unruhe bei den Befestigungsbauten wuchs, als sich Sabotageakte bei Brücken- und Kasernenbauten mehrten und vor allem, als festgestellt wurde, dass die Verteidigung der Arbeiter nichts half, dass über die Anlage unterirdischer Flughäfen von den Arbeitern Mitteilungen ins Ausland gesandt wurden, wurden den Tiefbauarbeitern "Entfernungszulagen" bewilligt und den Maurern und Betonarbeitern Aufbesserungen zugebilligt in der Hoffnung, dass die Geheime Staatspolizei auf weniger Widerstand stiesse. In jedem Fall aber legte das System Wert darauf, dass nur dem einzelnen Arbeiter persönliche Aufbesserungen gezahlt wurden, es blieb bei dem Verbot der generellen Lohnerhöhung. Die Nazi-Diktatur versucht ängstlich alle Massnahmen zu vermeiden, die kollektive Widerstandsbewegungen auslösen und dadurch den Atomisierungstendenzen der Diktatur entgegenarbeiten. Auch als die zielbewusste Sabotage entschlossener Gruppen des Reichsbahnpersonals und der in den Reichsbahnausbesserungswerkstätten Beschäftigten einen solchen Umfang annahm, dass die Reichsbahn auf ausdrückliche Anweisung der Treuhänder das Verbot durchbrochen und unmittelbar vor Weihnachten 1936 eine erhebliche einmalige Lohnzulage ("Härteausgleichszulage") gewähren musste, wurde sorgsam abgestuft. Es wurde betont, dass es sich um einen Gnadenakt handle, in vielen Orten wurden Kriecher besonders bedacht und aufrechte Arbeiter übergangen.

Doch die Diktatur kennt die Stimmung im Betrieb nur zu genau. Sie versucht deshalb, jetzt eine neue raffinierte Methode, um die Verantwortung für die Verelendung der Arbeiterschaft auf die Arbeiter selbst abzuwälzen. Die Reichsbahn hat dem Widerstand des Fahrpersonals gegen die endlosen Dienstpläne noch immer nicht nachgegeben. Sie versucht, die Wut des Personals auf Sündenböcke abzulenken. Bei den einzelnen Dienststellen werden Kommissionen ernannt, die bei der Aufstellung der Dienstpläne gehört werden sollen. Diese Kommissionen haben nichts zu sagen, sie werden vom Dienststellenleiter selbst ausgesucht und können jederzeit von ihm wieder abgesetzt werden. Das System aber hofft, dass die Erregung des Fahrpersonals sich gegen die lächerliche Kommission richtet und der Widerstand gegen die Dienststellenleiter aufhört.

Ganz ähnlich ging man bei den Bergarbeitern vor. Bei Vereinbarung der Gedinge (Akkorde) müssen künftig Hauer, die von der Kameradschaft benannt werden, hinzugezogen werden. Aber diese Gedinge-Kommissionen stehen isoliert; sie können nur innerhalb der von der Direktion nach dem Führerprinzip vorgeschriebenen Gedingeregelung für kleine Verbesserungen sorgen, das "Herrenrecht" der Betriebsleitung wird durch diese Scheinkonzession nicht beseitigt. Aber die Bergherren hoffen, dass sich, wenigstens vorübergehend, Gruppen von Bergarbeitern mit dieser Scheinkonzession abspeisen lassen und der Druck der Kumpels sich gegen diese Kommissionen und nicht mehr gegen die Steiger wendet.

In bestimmten Rüstungsbetrieben aber haben die Facharbeiter einige beachtliche Erfolge erzielt. Auch hinter ihnen steht zwar keine gewerkschaftliche Organisation, aber sie haben einen Trumpf gegen die Diktatur auszuspielen, der im gegenwärtigen Stadium der Aufrüstung sticht: sie sind unentbehrlich und sie müssen ausreichend ernährt werden, wenn sie ihre schwere Arbeit bewältigen sollen. Zahlreiche Industrielle haben, um die passive Resistenz zu beenden, wie im Kriege wieder für zusätzliche Versorgung der Facharbeiter Sorge tragen müssen, vor allem mit Fett und Fleisch. Andere Betriebe begründen die Lohnaufbesserung den empörten Behörden mit dem Hinweis auf die Teuerung. Die Armee hat sich nachdrücklich hinter diese Industriellen gestellt. Öffentliche Betriebe haben sich bei den Treuhändern darüber beklagt, dass ihre Facharbeiter in die besser bezahlenden privaten Rüstungsbetriebe abwanderten und ein Eingreifen der Treuhänder gefordert. In aufsehenerregenden Konferenzen haben die Treuhänder Anfang Dezember den Vertretern der öffentlichen Betriebe auseinandergesetzt, dass die Arbeiter der kriegswichtigen Betriebe ausreichend ernährt sein müssen, um jederzeit einsatzbereit zu sein. Die öffentlichen Betriebe sollten ihren Facharbeitern nach Möglichkeit ebenfalls höhere Löhne zahlen. Die Weihnachtsauszahlung an die Eisenbahnarbeiter ist das erste Ergebnis dieser Empfehlung. Die Lohnbewegung der kriegswichtigen Gruppen der deutschen Arbeiterschaft hat unter Ausnutzung der kritischen Lage der deutschen Aufrüstung und mit Unterstützung der vor einer Bremsung des Rüstungstempos bangenden Stellen der Armee Erfolge.

Wachsender Widerstand.

(ITF) Die deutschen Arbeiter sind keine Nationalsozialisten geworden.

Die wachsende Bewegung gegen die

nationalsozialistische Sozialreaktion hat selbst die vor nichts zurückschreckende nationalsozialistische Propaganda zum Geständnis gezwungen, dass nach wie vor die grosse Masse der Arbeiterschaft ihr unfreundlich, dass nach wie vor breite Kreise ihr feindlich gegenüberstehen. Nicht umsonst hatte sie die für den 3. und 4. April 1936 angesetzten Abstimmungen zu den Vertrauensräten im letzten Augenblick verboten. Nicht umsonst beratschlagten die Spitzen der Arbeitsfront seit Wochen, ob sie im Jahre 1937 eine Vertrauensrats-Abstimmung riskieren können oder nicht. Aber im Grunde hatte die Diktatur nur mit einer leicht einzudämmenden Unzufriedenswelle gerechnet. Sie haben alles getan, um einen Widerstand der Arbeiter zu erschweren. Sie haben sich nicht damit begnügt, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen und die Arbeiterviertel zu terrorisieren, sie haben für die gesamte Arbeiterschaft die Freizügigkeit beschränkt, für die Arbeiter der kriegswichtigen Zweige die Freizügigkeit aufgehoben. Seit dem Abschluss der Ausgabe der Arbeitsbücher (am 1. Sept. 1936) hat die Diktatur eine vollständige Kartothek nicht nur zur Kontrolle, sondern auch zur "Lenkung" des Arbeitsmarktes erhalten. Sie wirft Arbeiter aus einer Gegend des Reiches in die andere und zwingt auf Wunsch der Rüstungs- oder Exportindustrie Arbeiter, auch dann im alten Betrieb zu bleiben, wenn sich ihnen in einem anderen Betrieb eine bessere Verdienstmöglichkeit bietet. Den Arbeitern der kriegswichtigen Betriebe und der Landwirtschaft wurden die Kündigungsfristen verlängert und den Unternehmern zunächst in der Eisen- und Metallwirtschaft, im Baugeserbe, der Ziegelindustrie und der Landwirtschaft das "Recht gegeben, bei "unberechtigter vorzeitiger Lösung des Arbeitsverhältnisses" das Arbeitsbuch bis zum Ablauf einer ordnungsgemässen Kündigungsfrist zurückzubehalten, so dass der Arbeiter in keinem anderen Betrieb Arbeit annehmen kann. (Deutscher Reichsanzeiger, 1936, Nr. 299).

Als die Lohnbewegung der Facharbeiter dennoch immer breitere Kreise zog, versuchte sie, überrascht durch Verschärfung des Terrors diese Bewegung mit allen Mitteln auf die kriegswichtigen Betriebe, gegen deren Facharbeiter sie im Augenblick nichts unternehmen konnte, zu beschränken und vor allem zu verhindern, dass die Bewegung einen politischen Charakter annahm oder sich gar eine Organisation schaffen könnte. In grosser Aufmachung wurden Massenprozesse gegen oft schon seit Jahren im Gefängnis sitzende Arbeiter durchgeführt, Prozesse gegen Zirkel der aufgelösten politischen Parteien und gegen Betriebsorganisationen. Das System hoffte zunächst, dass die Veröffentlichung der Schreckensurteile einschüchternd wirken würde. Aber es hatte feststellen müssen, dass allein schon die Tatsache dieser Massenprozesse als Zeichen für die Stärke des unterirdischen Widerstandes angesehen wurde. Die Diktatur kehrte deshalb zu ihren gewohnten Terrormethoden zurück. In den Industriegebieten werden vorbeugende Verhaftungen vorgenommen, zahlreiche Arbeiter werden ermordet. In vielen Orten werden

politische Gegner zwangssterilisiert, "rückfällige" Arbeiter werden in Strafearbeitslagern bewacht. Da das alles nicht genügt, wurde (am 23. Dezember 1936) angeordnet, dass jeder Arbeiter und Angestellte, der sich seit dem 30. Januar 1933 "staatsfeindlich" betätigt hat, aller Anrechte auf die Sozialversicherung verlustig geht.

Die erhoffte Wirkung blieb aus. Der Alltag hält die Unruhe in der Arbeiterschaft wach. Um den Kreis bewusster Gegner des Systems entstand eine Schicht sich allmählich vom System Distanzierender. "Das sind jene Volksgenossen, die sich längst wieder abgewöhnt haben, den Hitlergruss anzuwenden, die dauernd auf der Suche sind, einem führenden Nationalsozialisten irgend etwas am Zeuge flicken zu können, denen die (-- verpönte -- Red.) ausländische Zeitung weit interessanter ist als die deutsche, und die glauben, sie hätten etwas verpasst, wenn sie nicht vor dem Schlafengehen (-- trotz Abhörverbot -- Red.) noch schnell den Strassburger oder den Moskauer Sender gehört haben... Der Kreis, der diese Menschen umfasst, ist viel grösser, als man glaubt" (Der Leipziger Kreisamtsleiter der NSDAP für die Presse in der nationalsozialistischen "Leipziger Tageszeitung" Nr. 6 vom 6. Januar).

Mitten in dieser wachsenden Widerstandsbewegung stehen die Aktiv-Gruppen der illegalen freigewerkschaftlichen Betriebsorganisationen. Ihr Wirken soll spürbar sein, aber kein Aussenstehender darf wissen, wer die Arbeit der Gruppen trägt; die Geheime Staatspolizei würde sofort zugreifen. Die Aktiv-Gruppen aber müssen für die Chancen ernsthaften Einsatzes intakt bleiben, die erprobten Kämpfer dürfen der Bewegung nicht verloren gehen. Sie können sich daher -- solange der Terrorapparat der Diktatur intakt ist -- nicht an die Spitze der immer wieder in den Betrieben spontan entstehenden Bewegungen stellen, sie können sie nur mit äusserster Vorsicht lenken, ihnen ein "legales" Gewand geben, Vertrauenswürdige berufen und die Besten aus den in diesen Bewegungen erprobten Kollegen in den Kreis der freigewerkschaftlichen Aktivgruppen ziehen.

Nur in wenigen Betrieben und Berufen haben bisher die Aktiv-Gruppen der illegalen Betriebsorganisationen selbst Bewegungen ausgelöst. Die Legenden, die von romantischen Berichterstattern über die "Riesenerfolge" der illegalen Gruppen verbreitet wurden, sind genau so unsinnig wie die Zweckklügen des Propagandaministeriums, die die illegalen Gewerkschafter als "Bolschewisten" bezeichnen. Diese Legenden diskreditieren die verantwortungsbewusste Berichterstattung und verführen Emigrationszirkel dazu, für Parolen zu werben, die u. U. in Deutschland Unerfahrene gefährden. Glücklicherweise stiessen die naiven Aufforderungen des einen Emigrationszirkels, man solle aus der **Arbeitsfront** austreten und den Abstimmungen zu den Vertrauensräten demonstrativ fernbleiben auf den gleichen Widerstand wie die Empfehlung eines andern Kreises, um jeden Preis Funktionen in der Arbeitsfront zu erschleichen. Die erste Parole hätte wertvolle Kollegen veranlasst, sich der Gestapo förmlich zu denunzieren, die zweite Empfehlung drohte die illegale Bewegung zu verwirren und gefährdete ihr Ansehen. Es gibt in einzelnen Betrieben antifaschistische Arbeiter, die auf Wunsch ihrer Kollegen Funktionen in nationalsozialistischen Organisationen übernehmen mussten. Aber keiner von ihnen fühlt sich in dieser Doppelrolle wohl. Er gerät dadurch in ein schiefes Licht bei vielen wertvollen Kollegen, er darf ihnen nicht deutlich sagen, wie er wirklich denkt, er riskiert sonst Verhaftung.

Im Betrieb entzündeten sich die Klassengegensätze täglich von neuem. Die Erregung über die Teuerung und den Lebensmittelmangel, die Empörung über die zynische Vorbereitung eines Weltbrands entläd sich in den Arbeitervertretern meist nur in ohnmächtiger Wut oder in gelegentlichen Schlägereien. Aber im Betrieb gibt es einen Ansatzpunkt zur Tat: den Kampf für höhere Löhne und bessere Ernährung. Die illegalen Freigewerkschafter durchbrechen die Isolierung der Betriebe, sie "sprechen rund", dass ein höherer Lohn die Kosten der Rüstung verteuert und damit die Rüstung erschwert, dass das Entrotzen ausreichender Versorgung zur Einfuhr von Lebensmitteln zwingt und dadurch die Summe der zur Einfuhr von Rüstungsrohstoffen zur Verfügung stehenden Devisen mindert und geben so dem täglichen Kampf gegen die braune Sozialreaktion die Stossrichtung gegen das nationalsozialistische System.

Vor einer Explosion?

Vor 4 Jahren, am Beginn der Nazi-Diktatur, verkündete Hitler, das Ziel der Nazi-Wirtschaftspolitik sei, durch eine "Arbeitsschlacht"

die Wirtschaft "anzukurbeln". Doch die "Arbeitsschlacht" hat nicht "gezundet", die Nazi-Arbeitsbeschaffung durch Lohndruck liess im Gegenteil die "zivile" Wirtschaft noch weiter zusammenschrumpfen. Bis heute ist, trotzdem weit über 30 Milliarden RM für "Ankurbelung" und vor allem für die Aufrüstung aufgewandt wurden, die "Zündung" nicht gelungen. "Im Jahre 1933... sollte die spätere Entwicklung der Privatinitiative überlassen werden, aber "unter dem 2. Vierjahresplan bleiben, wie unter dem ersten, die Staatsaufwendungen das Kernstück und der eigentliche Motor der Wirtschaftsentwicklung" erklärt resigniert das Institut für Konjunkturforschung (Vierteljahrsheft vom 23. Dezember 1936, S. 269).

Die überhastete Aufrüstung hat die Reserven der deutschen Wirtschaft aufgezehrt. Der Devisenvorrat schmolz zusammen, die Rohstoffvorräte, die das Dritte Reich 1933 vorfand, sind aufgezehrt. Sie müssen nicht nur ersetzt werden; das Reich will ausserdem so viel Kriegsstoffe wie nur irgend möglich für den Ernstfall aufspeichern. Es hat deshalb eine Exportoffensive begonnen, ein grosses Waren-Dumping, um die notwendigen Devisen zum weiteren Import von Rüstungsrohstoffen zu erhalten. Die deutschen Waren werden im Ausland um durchschnittlich 25% unter dem eigentlichen Verkaufspreis verschleudert, ein Viertel des Wertes der Exporte wird also den ausländischen Käufern geschenkt.

Deutschland exportierte 1936 Waren im Gesamtwert von etwa 4 1/2 Milliarden RM, das sind rund £ 370.000.000. Aber diese Exporte sind um ein Viertel verbilligt worden, mit andern Worten, das Dritte Reich verschenkt Waren im Wert von 1 1/2 Milliarden RM, um die Einfuhr von Rüstungsrohstoffen zu sichern. Treffend bemerkt der "Daily Herald", das Blatt der britischen Labour Party: bis 1931 zahlte Deutschland Reparationen. Es hatte "unter dem Youngplan an Reparationen zum damaligen Kurs jährlich nicht ganz 100 Millionen Pfund zu zahlen". Diese Summe wurde durch Export von Waren "über das für normale Bedürfnisse nötige Ausmass hinaus bezahlt. Internationale Schulden können nur durch Export von Waren bezahlt werden.

Die Last war zu schwer, die Reparationen wurden aufgegeben. Aber Deutschlands Befreiung von den Reparationen dauerte nicht lang, Hitler kam zur Macht...

Unter den Reparationen musste Deutschland für fast 100 Millionen £ Güter im Ausland verkaufen, für die es nichts erhielt, da es das gesamte Aufkommen an die ausländischen Gläubiger abzuführen hatte.

Unter dem heutigen System schickt es wiederum für 100 Millionen £ Waren ins Ausland, für die es nichts erhält. Das Resultat ist für Deutschland das gleiche, als ob die Reparationen noch beständen". (Daily Herald, 24. November 1936).

Die technische Ausrüstung der deutschen Armee ist nahezu beendet, die Rüstungsaufträge könnten daher eigentlich jetzt der zivilen Wirtschaft Platz machen. Aber keine zivile, keine "echte" Konjunktur löst die deutsche Rüstungskonjunktur ab. Die deutsche Verbrauchsgüterindustrie vegetiert auf Krisenniveau, die Produktionsmittelindustrie arbeitet vorwiegend für die Rüstung. Wenn jetzt die Rüstungsaufträge einschneidend verringert würden, gäbe es eine Katastrophe: die Zahl der Erwerbslosen würde um Millionen emporschnellen und der finanzielle Zusammenbruch wäre nicht länger aufzuhalten. Denn von den über 30 Milliarden RM, die die Finanzierung der Rüstungskonjunktur bisher verschlang, sind 16-18 Milliarden gepumpt; nur 4 Milliarden konnten bisher durch Zwanganleihen konsolidiert werden. Sinkt die Beschäftigung der Industrie durch Abstoppen der Rüstungsaufträge, dann gehen die Steuereinnahmen zurück, dann steigen die Ausgaben für Erwerbslose, dann bricht das kunstvolle Gebäude der 12-14 Milliarden kurzfristiger Schulden zusammen. Aus Furcht vor diesem Zusammenbruch stürzt sich das Dritte Reich in den zweiten Vierjahresplan. Um die vom Generalstab für den Ernstfall für notwendig gehaltenen Rohstoffvorräte importieren zu können, müsste der Exportüberschuss um eine volle Milliarde steigen ("Wirtschaftskurve" 1936, Heft 1, Seite 8). Da, trotz des Dumpings, keine Aussicht besteht, dieses Ziel zu erreichen, wird versucht, durch Verminderung der "entbehrlichen" Einfuhr die Verstärkung der Rohstoffvorräte zu ermöglichen. "Die vermehrte Erzeugung von Mangelprodukten (eine treffende Umschreibung für das den deutschen Zeitungen verbotene Wort Ersatzstoffe, Red.) im Inland, die den Hauptinhalt des Vierjahresplans darstellen, läuft darauf hinaus, an ein paar Hauptposten der Handelsbilanz, vor allem Futtermittel, Fette, Textilrohstoffe, Treibstoffe und Gummi, so grosse Abstriche zu ermöglichen, dass auf diese Weise bei gleichbleibendem Gesamtvolumen der Einfuhr ein grösserer Spielraum für andere Einfuhrposten geschaffen wird" schreibt die Frankfurter Zeitung (am 1. Januar 1937).

Mit einem Aufwand von Hunderten von Import-Millionen sollen diese Ersatzstoff-Fabriken errichtet werden, die "in vielen Fällen" unrentabel bleiben werden (Frankfurter Zeitung, Nr. 32, vom 18. Januar 1937). Die Gesteungskosten der Ersatzstoffe werden "erheblich über den Preisen der bisher eingeführten Naturprodukte" liegen (Bericht der Reichskreditgesellschaft: "Deutschland an der Jahreswende 1936/7, Seite 5), Kunstbenzin ist 3 1/2 mal so teuer wie Naturbenzin, künstliches Gummi 5 mal so teuer wie Naturgummi. Aber der Bau dieser Ersatzstoff-Fabriken ermöglicht ein Weiterschleppen der Rüstungs-Konjunktur und vor allem -- er erhöht, nach Aufnahme der Gross-Produktion, vorübergehend die Kriegsstärke des Dritten Reiches.

Finanziert werden soll der Bau der Ersatzstoff-Werke nach Nazi-Methode durch Auspressung des Volkes, durch den Hunger der Massen. "Es wird für absehbare Zeit nicht jedem erlaubt sein können, das zu kaufen, was er will und in der Menge, die er haben zu müssen glaubt, und in der Ausführung; auf die er einen besonderen Wert legt". (Völkischer Beobachter vom 1. Januar 1937). Doch die Verelendung der Massen zerstört die Gesundheit der Männer, die nach dem Willen der Nazi-Diktatur einst die Waffen tragen sollen, sie untergräbt die Gesundheit der Frauen, die einst in den Munitionsfabriken Granaten drehen sollen und ruiniert die Gesundheit der Kinder. Die Drosselung der zivilen Industrie, das Auslangen des Verkehrsapparates gefährdet die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung. Warnend hat der Vizepräsident der Deutschen Reichsbank (am 11. Mai 1935) erklärt: "Rüstungen nützen nichts, deren Herstellung ihrem Träger keine Kraft mehr lässt, die um den Preis des finanziellen Zusammenbruchs geschaffenen Waffen zu führen und zu erhalten". Die Warnung ist nicht beachtet worden. Heute muss das Dritte Reich zusehen, dass die relative Stärke seiner Bewaffnung immer weiter zurückgeht, dass Deutschland als militärischer Faktor weniger gilt als noch vor einem Jahre.

In dieser Lage appelliert das Dritte Reich an das Ausland und fordert Hilfe. Es bittet bei Millionären, es klopft bei den Ministern an. Und da das Bitten bisher nichts half, versucht es zu erpressen und droht mit einer "Explosion" (Dr. Schacht in Frankfurt a. M. -- Frankfurter Zeitung, Nr. 631/2 vom 10. Dezember 1936), mit Krieg. Die Nazis wissen genau, dass das Dritte Reich heute nicht kriegsbereit ist, doch sie wissen noch besser, dass die Stärke der deutschen Kriegsmacht von Monat zu Monat relativ abnimmt, da die europäischen Staaten ihre Verteidigung organisierten. Deshalb wollen sie die Armee heute einsetzen. Und da sie einen Krieg nicht wagen können, wenigstens zu einer Erpressung. Sie rechnen mit dem Friedenswillen der demokratischen Völker und hoffen, dass die Demokratie den Unterdrückern der deutschen Arbeiter, den Bodrohern des europäischen Friedens helfen wird, ihren Kriegsapparat aus der schweren Krise der deutschen Finanzen und der deutschen Rohstoffversorgung zu befreien -- damit der Kessel explodieren kann.

Erhält das Dritte Reich einen Rohstoffkredit oder eine Devisenanleihe, dann kann es weiterrüsten, dann kann es in Ruhe auf einen günstigen Moment zum Vorstoss warten. Dann kann es seine Truppen in alle Länder schicken, um -- so wie in Spanien -- Faschisten in ihrem Kampf zur Vernichtung der demokratischen Freiheiten zu unterstützen.

Die deutschen Arbeiter kämpfen einen heroischen Kampf gegen die Nazi-Sozialreaktion, einen Kampf, um das tägliche Brot, für die Freiheit und für den Frieden. Sie haben die Diktatur gezwungen, die Einfuhr von Rüstungsrohstoffen entsprechend zu verringern. Sie kämpfen für Lohnerhöhungen, damit sich ihre Kinder endlich wieder satt essen können. Dadurch wird die Rüstung verteuert, sie muss gebremst werden und die Chancen für den Frieden steigen.

Immer und immer wieder sind einflussreiche Kreise in England, Frankreich und in den USA bemüht, den Nationalsozialisten mit einer Anleihe zu helfen oder durch Verschaffen grosser Rohstoffkredite einen Ausweg aus der Sackgasse der überstürzten Aufrüstung zu ermöglichen. Derartige Anleihen und Kredite aber kommen ausschliesslich der deutschen Aufrüstung zugute, sie dienen einzig und allein zur weiteren Verstärkung der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitung und zur Verewigung des Terrors und der Versklavung im eigenen Lande.

Eine Regierung, die zu Rohstoff- oder Devisenanleihen an das Dritte Reich ihre Zustimmung gibt, übt praktisch Verrat am eigenen Volke. Sie lässt Bombenflugzeuge bauen, die die Städte des eigenen Landes und ihre Bevölkerung mit Vernichtung und Untergang bedrohen. Im eigenen Interesse muss daher in allen Ländern verhindert werden,

, 25.)

dass den Heh kern des deutschen Volkes und den Bedrohern des Weltfriedens diese Hilfe verschafft wird. Und niemand lasse sich täuschen, wenn eines Tages die Verleihung von Lebensmittelkrediten heuchlerisch mit dem Hunger, dem Elend und der Not von deutschen Kindern begründet wird. Geholfen werden kann dem deutschen Volk nur dann, wenn seine Unterdrücker nicht länger jeden Pfennig statt für "Butter" für das eigene Volk für "Kanonen" gegen andere Völker verwenden. Lebensmittel für das deutsche Volk nur unter der einzigen Voraussetzung: dass das Dritte Reich im Austausch dafür kriegswichtige Rohstoffe und Halbfabrikate (für die es selbst eine entsprechende Menge Devisen bar zu zahlen hatte) liefert, dass es sich nicht länger "Kanonen" statt "Butter" verschafft, sondern gezwungen wird, "Butter" statt "Kanonen" zu kaufen.

Nur durch unbeirrte Entschlossenheit kann Europa vor einer Explosion bewahrt, kann dem Massenelend in Deutschland wirklich gesteuert, kann der Freiheitskampf der deutschen Arbeiter unterstützt und der Weltfrieden gesichert werden.

Berichtigung. Auf Seite 14 muss es im Abschnitt "Die Löhne sinken.." heißen: "ungelernte Arbeiter im B r a u g e w e r b e".
"Für 6 Gruppen wird eine Lohnsenkung seit Dezember 1932 zugegeben".

Die deutsche Arbeitslosenstatistik

ist seit Beginn der Nazidiktatur grundlegend verändert worden. Die Arbeitsämter registrieren heute nur noch ein Drittel der wirklich Erwerbslosen als arbeitslos.

Die Naziarbeitsschlacht begann mit der Herausnahme grosser Gruppen Erwerbstätiger aus der Arbeitslosenversicherung:

ab 1. Mai 1933 wurden 1 Million Hausangestellte aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen,

ab 1. Oktober 1933 2 1/4 Millionen Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, der Binnen- und Küstenfischerei.

Jugendliche unter 21 Jahren erhalten grundsätzlich keine Krisenunterstützung. Die "registrierte" Arbeitslosigkeit dieser Gruppen ist daher rasch stark zurückgegangen. Das Arbeitsamt hat für diese Gruppen, die kein Anrecht mehr auf Unterstützung haben, nur noch wenig Anziehungskraft und wer nicht beim Arbeitsamt erscheint, wird nicht als erwerbslos registriert.

Seit dem 30. November 1933 werden auf Anweisung der Nationalsozialisten nicht mehr als arbeitslos registriert:

die Notstandsarbeiter, die gegen Erwerbslosen-Unterstützung und Unkostenersatz bei öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen eingesetzt werden,

die Fürsorgearbeiter (kommunale Notstandsarbeiter),

Erdarbeiter der öffentlichen Arbeitsbeschaffung,

Krümpferunterstützte,

kurzfristig -- höchstens eine Woche -- beschäftigte Arbeitssuchende und

"Personen am Rande des Arbeitsmarkts", worunter "Doppelverdiener", verheiratete Frauen, Arbeiter mit Landbesitz, Gebrechliche etc. verstanden werden.

Die Ziffern der "registrierten" Erwerbslosen verminderten sich weiter um die Konzentrationslager, Gefängnisse und Strafarbeitslager eingelieferten politischen Gefangenen und die aus politischen, religiösen oder "rassischen" Gründen Emigrierten. Der Kampf gegen die hohe Erwerbslosen z i f f e r war recht erfolgreich. Über die wirkliche Höhe der Erwerbslosigkeit aber besagen die Ziffern nur recht wenig.

Auch die Beschäftigtenstatistik wurde verändert. Ganze Gruppen von Notstandsarbeitern wurden zu "Vollbeschäftigten" ernannt.

Die Erdarbeiter an den Autostrassen und der Reichs-Wasserstrassen-Verwaltung wurden bis zum 18. September 1934 korrekt als Notstandsarbeiter angeführt. Dann aber wurden sie, trotzdem sie keinen Pfennig mehr erhielten als bisher, zur höheren Ehre der Naziarbeitsschlacht aus der Statistik der Notstandsarbeiter und der der Arbeitssuchenden herausgenommen und als "Beschäftigte der freien Wirtschaft" aufgeführt ("Arbeit und Arbeitslosigkeit" vom 23. Oktober 1934), trotzdem die Frauen der an weit vom Wohnort entfernten Baustellen arbeitenden Autobahner nach wie vor wöchentlich beim Arbeitsamt erscheinen und ihre Unterstützung abholen müssen; der Lohn der Arbeiter wird entsprechend gekürzt.

Die bei den Befestigungs- und Flugplatzbauten Beschäftigten wurden von Anfang an als "Beschäftigte der freien Wirtschaft" angeführt, trotzdem sie zu Arbeitsbedingungen der Notstandsarbeiter beschäftigt werden. Die Zahl der Befestigungsarbeiter ist ausserordentlich hoch. Von Mitte 1933 bis Mitte 1936 stieg die Zahl der Bauarbeiter (nach Angabe des Instituts für Konjunkturforschung) von 666 000 auf 2 057 000. In der gleichen Zeit stieg der Zementabsatz durch die Zunahme der militärischen Bauten von 1933 bis 1936 von 2,7 Mio to auf 10 Mio to (Reichskreditgesellschaft). Man muss mit mindestens 300 000 bei Befestigungsbauten eingesetzten Arbeitern rechnen.

.....

Ende November 1936 gab es also im Dritten Reich mindestens 500 000 Arbeiter, die zwar vollauf "beschäftigt" waren, aber keinen vollen Lohn erhielten:

offizielle Notstandsarbeiter.....	87 600	
von Gemeinden beschäftigte Fürsorgearbeiter.....	21 000	(Okt.-Ziffer
Landhilfe und "Landdienst der Hitler-Jugend"....	ca.12 000	
Autostrassen.....	89 600	
Befestigungsbauten.....	ca.300000	
zusammen	510 000	Scheinbe-
	=====	schäftigte.

Die Zahl der Kurzarbeiter und der Worksbeurlaubten ist nicht eingerechnet. - Um diese 510 000 muss die offiziell mit 17,78 Millionen angegebene Zahl der Beschäftigten vermindert werden.

Nach den letzten Mitteilungen sind 21,6 Millionen Arbeitsbücher

ausgegeben worden. (Angriff Nr. 196 vom 21. August 1936). Mit Ausnahme der Beamten, der höchstbezahlten Angestellten und der Spitzen der Nazibürokratie darf heute in Deutschland niemand ohne Arbeitsbuch gegen Lohn und Gehalt arbeiten. Die Zahl 21,6 Millionen erfasst also beinahe die Gesamtzahl aller auf Erwerb Angewiesenen. Von diesen waren (Ende September, letzte Ziffer) 550 000 arbeitsunfähig krank und (Ende November) 17 275 000 beschäftigt. 3 775 000 waren also erwerbslos. Von diesen 3,8 Millionen aber wurden nur 1,2 Millionen bei den Arbeitsämtern registriert und nur 800 000 erhielten eine Unterstützung. 2,6 Millionen sind "unsichtbare" Erwerbslose.

Wie weit die Soldaten amtlich als Beschäftigte gerechnet werden oder ausser Ansatz bleiben, ist unbekannt. Die Tatsache, dass das Institut für Konjunkturforschung (z. B. im Wochenbericht vom 26. Februar 1936) einen Teil des Soldatensoldes dem Arbeitseinkommen zurechnete, lässt darauf schliessen, dass mindestens ein Teil der Armee zur Beschäftigtenziffer gerechnet wird. Da jeder Jahrgang der Armee 400 000 Arbeiter und Angestellte erfasst (Hemmer, Die unsichtbaren Arbeitslosen, Frankfurter Dissertation, 1935, Seite 112) und zur Zeit mehr als 2 1/2 Jahrgänge bei Armee und Arbeitsdienst dienen, ist die Zahl der wirklich Beschäftigten unter Umständen erheblich kleiner, als auf Grund der amtlichen Angaben festzustellen ist. Die Soldaten werden in dieser Aufstellung jedoch weder als beschäftigt noch als erwerbslos aufgeführt.

Das Institut für Konjunkturforschung verweist (in seinem Vierteljahrsheft vom 23. Dezember 1936) darauf, dass noch eine weitere Gruppe "versteckter" Arbeitsloser nicht registriert wird: "Der grösste Teil der mithelfenden Familienangehörigen (ausgenommen vielleicht (!) die in der Landwirtschaft mithelfenden) arbeitet nur einen Teil des Tages und wartet vielfach nur auf eine günstige Gelegenheit, als Arbeiter oder Angestellter zu arbeiten". Das Institut schätzt diese Gruppe (ohne die in der Landwirtschaft Mithelfenden) auf 800 000. Als weitere Gruppe "versteckter" Arbeitsloser führt es die Arbeiter und Angestellten an, die in der Krise in quasi-selbständige Existenzen flüchten. "Einen Teil" dieser Gruppe beziffert es mit 340 000. Die versteckte Erwerbslosigkeit der Frauen berechnet es vorsichtig auf nur 500 000.

Das Gesamtergebnis ist:

registrierte Erwerbslose.....	1, 2 Millionen
"unsichtbare" nichtregistrierte Erwerbslose.....	2, 6 "
"versteckte" nichtregistrierte Erwerbslose.....	1, 6 "

zusammen5, 4 Millionen
Erwerbslose bei 23,2 Millionen Erwerbspersonen. (x)

Verbrauchsstatistik.

=====

Die Ziffern über die Entwicklung des Verbrauchs im Dritten Reich geben kein Bild mehr von der Entwicklung der Lebenshaltung der Massen. In den Ziffern über die "Einzelhandelsumsätze" ist auch der Umsatz in Kraftwagen enthalten, der seit 1932 ausserordentlich gestiegen ist. Allein der Umsatz in Personenwagen ist von 1932 bis 1935 von 410 Millionen auf 1,3 Milliarden RM gestiegen. Der "Umsatz in Möbel- und Hausrat" erfasst gleichzeitig die Millionensummen für die Einrichtung der Kasernen, Arbeitslager und Bonzenbüros. Der "Umsatz an Nahrungs- und Genussmitteln" erfasst zugleich den Verbrauch der Armee.

Dieser Verbrauch der Soldaten ist aus mehreren Gründen höher als der der Zivilisten. Rekruten, die vorher "bäuerliche" "Selbstversorger" waren, erscheinen bei der Armee voll in der Verbrauchsstatistik und zu dem ist die Verpflegung der Armee in einigen Bezirken besser als in den Haushaltungen ungelerner Arbeiter. Auch die Bewegung der Umsätze der Konsumgenossenschaften in einzelnen Orten ergibt kein klares Bild, da viele Konsumgenossenschaften zu Lieferungen für die Armee herangezogen wurden. Die Hamburger Konsumgenossenschaft versorgt z. B. die Garnisonen in Hamburg und Schleswig-Holstein mit Fleisch.

Die Gesamtverbrauchsziffern erscheinen weiter dadurch überhöht, dass der Verbrauch der Landwirtschaft heute statistisch besser erfasst wird als in den Jahren der Republik. Nimmt man noch hinzu, dass 1934 im Herbst eine neue Textilhamsterwelle einsetzte, so zeigt sich, dass die offiziellen Angaben über Erhöhung des Verbrauchs nur im Einzelfall und nach sorgfältiger Prüfung einen Erkenntniswert besitzen.

Die Wertlosigkeit der Ergebnisse amtlicher Lohnerhebungen im Dritten Reich wurde am 22. August 1936 (Nr. 17) eingehend dargelegt.

(x) (21,6 Millionen Arbeitsbuchinhaber plus 1,6 Mio "versteckte" Erwerbslose).



FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.-JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.

London's Oberbürgermeister

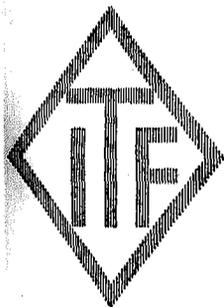
=====

an das deutsche Volk.

=====

(ITF) Herbert Morrison, Oberbürgermeister von London,

Mitglied des englischen Unterhauses, englischer Verkehrsminister von 1929/31, veröffentlichte am 9. Januar im Glasgower "Forward" folgenden offenen Brief an das deutsche Volk:



"Es braucht keinen Krieg zu geben, aber die kapitalistischen Regierungen Europas treiben eine Politik, die, wenn sie fortgesetzt wird, zum Kriege führen muss...

Du, deutsches Volk, willst keinen Krieg, auch wir wollen ihn nicht. Und ebensowenig wollen ihn die andern Völker. Trotzdem, so wie die Dinge heute liegen, rückt der Krieg immer näher...

Was können wir tun, wir Volk in allen Ländern? Die Arbeiterbewegung in den demokratischen Staaten ist sich der drohenden Gefahren bewusst... Sie steht voll und ganz zum Völkerbund, zur kollektiven Sicherheit, sie will, dass England, Frankreich u n d d i e S o w j e t - u n i o n alle europäischen Mächte auffordern, sich zu gegenseitigem Beistand zu verpflichten, einen Nicht-Angriffs-Pakt und einen Friedensbund der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes zu schliessen... Wir wollen, dass Euer grosses Land dabei sei, an den Vorteilen teilhabe und die Verantwortung mittrage...

Wir wollen nicht gegen Euch kämpfen, wir glauben auch nicht, dass Ihr gegen uns kämpfen wollt. Mit Trauer denkt das englische Volk daran, dass im letzten Krieg Deutsche und Engländer gegeneinander standen. Wir erkennen Eure guten Eigenschaften an. Die Franzosen denken ebenso und die Russen hegen keine Feindschaft gegen Euch, genau so wenig wie die Arbeiter Italiens. Kein anständiger Mensch in irgend einem Lande will andere Menschen töten. ---

Eure Lage ist von der unseren sehr verschieden... Wir können immer noch unserer Regierung sagen, was wir von ihr halten. Unsere Regierung muss mit uns rechnen. Darum will unser Volk nicht unser Regierungssystem gegen das Eure eintauschen. Ihr seid einer persönlichen Diktatur unterworfen, die sich auf eine politische Partei stützt, die wiederum nur dem Diktator und nicht dem Volk verantwortlich ist... Was könnt Ihr, die Ihr Eure politische und geistige Freiheit verloren habt, trotzdem in Euerm Lande für Frieden und Freiheit tun? Ihr könnt nachdenken, Ihr könnt auf Eure Stunde warten und könnt versuchen, den Kopf klar zu halten und könnt hoffen... Wir achten und verehren jene zahlreichen Deutschen, die allen Schwierigkeiten zum Trotz, zur Idee stehen. Es ist von unermesslicher Bedeutung für die heranwachsende junge Generation in Deutschland, dass wenigstens ihre Besten etwas von Frieden und Sozialismus erfahren.

Die Flamme darf nicht verlöschen, denn der Tag, der Tag des Volkes wird kommen. --- ---

Die Nazis erzählen Euch, Euer Land, sei von Feinden umgeben, die seine Vernichtung wollen. Sie lügen, sie lügen bewusst. Frankreich mit seinem sozialistischen Ministerpräsidenten wünscht einen Dauerfrieden mit Deutschland. Die englische Regierung würde eine solche Entwicklung nicht aufhalten können, selbst wenn sie es wollte. Und hat nicht gerade Sowjetrußland, das Land der "verruichten" Bolschewiken, über das Eure Nazis so viel Unsinn erzählen, Deutschland eingeladen, an einem Friedenspakt teilzunehmen, durch den es sich verpflichten wollte, Deutschland zu verteidigen, falls es angegriffen würde? Eure Regierung hat das abgelehnt. Frankreich und Rußland würden Deutschland als Teilnehmer an einem erweiterten Frankreich-Sowjet-Pakt begrüßen. Deutschland ist nicht eingekreist. Die Nazi-Regierung hat Deutschland eingekreist.

Kein Volk will Euch angreifen. Ich glaube auch nicht, dass irgend eine Regierung Euch angreifen will. Sicher will es die Sowjetregierung nicht.. Sie hat Interesse daran, den Aufbau einer planvollen sozialistischen Wirtschaft in Frieden fortzusetzen. Kapitalistische Regierungen können unter Umständen kriegslustig sein. Eine sozialistische Regierung muss den Frieden wollen.

Die ganze Welt weiss, dass ein friedliches Deutschland nichts zu fürchten hat. Nur das deutsche Volk weiss es nicht, denn die Naziregierung scheut keine Mühe, zu verhindern, dass es die Wahrheit erfährt. Leider aber macht die Politik Eurer Nazi-Regierung alle friedlichen Länder aufs äusserste gegen Deutschland misstrauisch. Das ist für Euch die grösste Gefahr. Das ist für Euch die wirkliche Gefahr.

Die Nazis verherrlichen die Gewalt. Haben sie nicht ihre politischen Gegner in Deutschland mit Mord, Raub und Folter unterdrückt? Und gibt nicht daher auch ihre Tyrannei dem deutschen Volke das volle moralische Recht zur Revolution, sobald die Revolution Aussicht auf Erfolg hat?

Hess, Göring und Göbbels schreien: "Kanonen statt Butter"? Sie nehmen Euern Kindern die Butter vom Brot, um die Generäle mit Kanonen zu füttern. Dadurch geben sie unserer Regierung einen Grund, das gleiche zu tun. Allerdings - bei uns ist die Lebenshaltung, selbst der Arbeitslosen, trotzdem höher als bei Euch unter der Herrschaft des Nationalsozialismus.

Jetzt tut Eure Regierung alles was sie kann, um die Freiheit der Arbeiter in Spanien zu vernichten... Eure Regierung zettelt in der ganzen Welt Verschwörungen gegen das Volk an und gibt dafür Euer Geld aus...

Jeder Freund des Friedens und der Freiheit, jeder denkende Sozialist, Gewerkschafter und Genossenschafter verabscheut die Nazi-Regierung des Kapitalismus und der Volksverelendung und betrachtet sie als Gefahr für den Frieden und die Freiheit der Welt. Tadelt darum nicht die Welt. Die Nazi-Regierung hat das selbst zustande gebracht...

Eure Regierung ist Euer grösster Feind, sie ist der wahre Einkreiser Deutschlands. Sie hat die militärische Stärke Deutschlands riesenhaft gesteigert. Das ist richtig. Aber sie hat trotzdem mehr getan, um Deutschland zu schwächen, als irgend eine deutsche Regierung je zuvor. Denn sie hat Euch wirtschaftlich unendlich viel schwächer gemacht als Ihr sein müsstet... Wenn sich Deutschland in einen Krieg stürzt, wird es so gut wie sicher geschlagen werden. Die Nazis haben selbst den Grund zu einer umfassenden Koalition gegen Euer Land gelegt, aber vor allem: der deutsche Mann in Reih und Glied wird nicht mehr mit dem Herzen zu den Hakenkreuzfahnen stehen, sobald auch nur ein Teil der Wahrheit zu ihm durchdringt.

Es ist fraglich, ob Nazideutschland es auch nur mit Rußland allein aufnehmen kann. Denkt an die ungeheure Weite der Grenzen und der Entfernungen und an Eure weit grössere Verletzbarkeit bei Luftangriffen. Denkt auch daran, dass die Russen für ein sozialistisches Vaterland kämpfen würden, Ihr aber für eine kapitalistische Despotie, die Euch selbst das Recht zu denken genommen hat! Und lasst Euch nicht einreden, dass die Rote Armee eine Nachkriegsausgabe der morschen Zarenarmee ist.

An Rußlands Seite steht jedoch Frankreich, vielleicht auch England, vielleicht noch mancher andere Staat, vielleicht sogar Italien. Und in jedem Land werden die Sozialisten und Demokraten, wie immer sie auch über ihre eigene Regierung denken mögen, gegen Eure Nazi-Regierung stehen.

Darum schützt Euch, sobald Ihr könnt, vor den verruichten Nazis. Reicht Euern Brüdern in andern Ländern die Hand: für Frieden, Sozialismus und Demokratie. Noch immer gilt: "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!"

Jagt Eure Verrückten davon, sobald Ihr könnt. Wir werden das Unrige tun, auch die Unseren davonzujagen!

Ich grüsse Euch in Freundschaft und Achtung

Euer

Herbert Morrison.

Amsterdam, den 6. Februar 1937.

Zu No. 3.

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Der Fall des Eisenbahners
=====

(ITF) Der österreichische Eisenbahnschaffner Franz Rauscher wurde im

Herbst 1934 wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit verhaftet und ohne gerichtliches Verfahren zu 6 Monaten Polizeiarrest verurteilt. Nach Absitzen dieser "Polizeistrafe" wurde er dem Wiener Landesgericht eingeliefert, wo er 14 Monate lang in Untersuchungshaft war. Er wurde schliesslich vom Gericht in dem grossen Sozialistenprozess zu einer Strafe von 9 Monaten Kerker verurteilt, die durch die vorausgegangene Untersuchungshaft verbüsst war. Trotzdem wurde er nach Verbüsung seiner Strafe nicht freigelassen, sondern von der Polizei in das Konzentrationslager Wöllersdorf geschickt. Er sitzt jetzt 30 Monate in Haft, obwohl das Gericht ihn nur zu 9 Monaten verurteilt hat. Kurz vor Weihnachten 1936 soll er einen Brief geschrieben haben, in dem er diese Behandlung, die ihm widerfährt, kritisierte. Zur Strafe hat ihm das Kommando des Wöllersdorfer Konzentrationslagers die wenigen Begünstigungen, die die politischen Häftlinge noch geniessen, entzogen. Darauf trat Rauscher in den Hungerstreik. Er musste nach wenigen Tagen Hungerstreiks in ein Krankenhaus gebracht werden.

So behandelt man in Österreich einen Mann, der gar nichts anderes verbrochen hat, als dass er für die sozialistische Idee warb!

Die Not der österreichischen
=====

(ITF) Der Leiter des Heizhauses in Villach (berichtet "Der Prellbock", das Organ der österreichischen Eisenbahner) erzählt bei

der Instruktion folgenden bezeichnenden Fall: Er machte eine Inspektionsreise auf der Lokomotive und nahm dabei wahr, dass der Heizer nur Brot und schwarzen Kaffee hatte. Er fragte den Mann, warum er bei seiner schweren Arbeit nichts Besseres zum Essen habe. Der Vorstand musste von dem Heizer erfahren, dass er sich nichts anderes leisten kann, weil die Bezüge nicht ausreichen! Der Vorstand fragte dann den Bediensteten, warum er so leicht angezogen sei; er habe doch einen Lederrock. Der Heizer erwiderte dem Vorstand, dass er den Lederrock für Sonntag brauche, weil er kein Geld habe, sich einen Mantel zu kaufen!

So weit die Erzählung des Vorstandes. Sie bedarf nach drei Jahren "katholischer Diktatur" keines Kommentars.

Rechtlose Strassenbahner.
=====

(ITF) In der österreichischen Stadt Graz wurde ein Strassenbahnschaffner, der einen Zusammenstoss hatte, vom

Gericht als unschuldig freigesprochen. Aber die faschistische Direktion verurteilte den Mann trotzdem zur Bezahlung der Wagenreparaturkosten!

"Schutzdezernat 36".
=====

(ITF) Die wachsende Unzufriedenheit der deutschen Eisenbahner beunruhigt die Nazi-Diktatur. Unter der Bezeichnung

"Schutzdezernat 36" ist daher jetzt in allen Bezirksdirektionen der Deutschen Reichsbahn zur verschärften Überwachung der Eisenbahner eine "Nebenstelle der Geheimen Staatspolizei" (Gestapo) eingerichtet worden.

Affentheater.
=====

(ITF) Auf der letzten "Generalversammlung" der nationalsozialistischen Zwangsorganisation der deutschen

Lokomotivführer (am 12. November in Ludwigshafen) waren die 56 000 aktiven deutschen Lokomotivführer durch nicht weniger als 3 000 Delegierte "vertreten", in erster Linie von gehorsamen "alten Angehörigen der NSDAP", die der 1933 von den Nationalsozialisten eingesetzte "Vereinsführer" Veenhuis ausgesucht hatte. Von diesen "Delegierten" liess der "Vereinsführer" eine Satzungsänderung annehmen, durch die der "Reichsbeamtenführer" Neof, der Vorgesetzte des "Vereinsführers" das Recht erhält, künftig den "Vereinsführer" des Lokomotivführerverbandes zu ernennen. Dann trat der "Vereinsführer" zurück und wurde vom "Reichsbeamtenführer" neuberufen. Der "Vereinsführer" hatte also selbst die Delegierten ausgesucht, die seinem Vorgesetzten das Recht gaben, ihm seine Amtszeit zu verlängern. Dieses Affentheater hält er für "durch das Führerprinzip veredelte Demokratie".